

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 3/4, und durch Kolportiere zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2,50, frei ins Haus M. 2,90, wo keine Post am Orte M. 3,34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Abonnementdauer 50 Pf. Auswärtige Abonnenten 60 Pf. Zusätzliche Anzahlung 20 Pf. Anzeigensätze unter Zeit 1 Pf. Anzeigensätze für Arbeitsmarkt 15 Pf. Anzeigensätze für Anzeigen 25 Pf. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pf. Anzeigensätze für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mr. 153. Breslau, Donnerstag, den 4. Juli 1912. 23. Jahrgang.

Ein Jahr nach Agadir.

Man schreibt uns aus Berlin: Ein Jahr ist vergangen, seitdem der deutsche Botschafter in Paris dem französischen Minister des Auswärtigen, Herrn von Sebelles, Kenntnis davon gab, daß das Kanonenboot „Panther“ auf der Reede von Agadir untergeworfen habe. Es soll ihm, wie erzählt wird, gar nicht recht wohl bei dieser diplomatischen Aktion gewesen sein, aber er hatte ja nur ein Amt und keine Meinung: die Politik wurde in Berlin gemacht. Zu derselben Stunde, in der sich Herr v. Schön seines Auftrages an der Seine entledigte, erhielten im Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße Rettungsverkehr ebenfalls die Mitteilung von dem „Panther“, daß am Abend des 1. Juli war die deutsche Presse voll von der Tat des Herrn v. Kiderlen-Wächter.

Nur wenige skeptische Stimmen ließen sich vernehmen. Die bürgerlichen Blätter waren durchweg einverstanden, mehr als das, sie waren begeistert. Es ist recht anständig, die Zeitungen jener Tage noch einmal zur Hand zu nehmen. Da überschrieb der linksliberale „Börsen-Kurier“ seinen Leitartikel mit einem aufstrebenden „Endlich?“ Da versicherte die nationalliberale Magdeburgerin, wie eine Erlösung müsse es wirken, daß die deutsche Regierung aus ihrer Zurückhaltung zurücktrete; die „Post“ wollte wissen, daß allen Deutschen ein Stein vom Herzen gefallen sei, die „Rheinisch-Westfälische“ gebärdete sich wie toll vor Freude und selbst die in den Fragen der Weltpolitik sonst mit gutem Grunde referierte „Kreuzzeitung“ bellamierte: „Als wäre ein böser Traum gemächten, als begänne ein Alpdruck resignierter Mißbehagens vor dem Strahl der Morgensonne zu schwinden“. Kurz, Kiderlen war der Held des Tages, der Retter des Vaterlandes.

Woher diese Wacht am Rhein-Stimmung? In der Note, die Deutschland an die auswärtigen Mächte gerichtet hatte, war die Entsendung des Schiffes mit der Bedrohung deutscher Firmen im Süden Marokkos durch eine Erklärung unter den dortigen Eingeborenen begründet worden. Der „Panther“, so hieß es, werde den Hafen verlassen, sobald in Marokko Ruhe und Ordnung eingeleitet sei. Diese Darstellung fand nirgendwo Glauben, am wenigsten in Deutschland, wo die Chaubainisten sich außerdem noch auf vertrauliche Winke berufen konnten, die ihnen im Auswärtigen Amt gegeben worden waren. Die Sache ist bisher nicht ganz aufgeklärt. In dem bekannten Prozeß, den die „Grenzboten“ gegen die „Post“ geführt haben, führte der Verteidiger der „Post“ aus, dem Kläger könne nicht unbekannt sein, daß die Regierung und Herr von Kiderlen nicht nur das Ziel verfolgt hätten, einen Teil Marokkos Deutschland einzuverleiben, sondern daß von dieser Absicht auch verschiedenen Personen Mitteilung gemacht worden sei, so dem Reichstagsabgeordneten Erzberger, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Claas, und dem Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“. Weitere Einzelheiten wurden bei dieser Gelegenheit angeführt. Der Staatssekretär hat in der Kommission und im Plenum des Reichstages alles bestritten, aber es geschah das nicht in einer Form, die uns davon überzeugen könnte, daß er nach Agadir gegangen sei, um mit den Kongoskimpfen zurückzukehren.

Auch wenn seine alldeutschen Vertrauensleute nicht geplaudert hätten, lag es auf der Hand, daß die Regierung am 1. Juli 1911 ganz anders im Sinne hatte, und das ist noch die ihr am wenigsten ungünstige Auffassung der damaligen Situation. Hätte sie wirklich nur an die Abrundung unserer Kamerunkolonie gedacht, dann wäre die Feindschaft, mit der sie Europa an den Rand eines Krieges brachte, betnahe ohne Beispiel.

Daß dieser Krieg uns drohte, daß mehr als einmal in den Hochsommermonaten des vergangenen Jahres die Gefahr ganz nahe herangelommen war, ist allgemein bekannt. Mit Entsetzen erkannte damals das deutsche Volk seine Ohnmacht und Einflußlosigkeit. Die geheime Diplomatie spielte mit dem Geschick der Nationen, und auch die großen Friedenskundgebungen des internationalen Proletariats waren kein absolut sicheres Mittel, ihr das Konzept zu verderben. Doch die Geschicknisse leben ja noch zu frisch in unserer Erinnerung, als daß es not täte, sie hier im einzelnen wieder vorzuführen. Genug: auch vom Standpunkt der Patrioten war das Spiel nicht der Kerzen wert. Die mit tausend Masten in den Ozean geschifft Regierung lehnte still auf gerettetem Kiel in den Hafen zurück, und mußte sich von denen mit Scheltworten überhäufen lassen, die sie am 1. Juli mit jubelndem Zuruf begrüßt hatten.

Wir Sozialdemokraten hatten zwar auch keinen Grund zur Beugung, denn die Vermehrung des Kolonialbesitzes um die Kongogebiete bedeutet die Vermehrung zweckloser und unproduktiver Ausgaben. Aber am Ende hätten wir sogar eine gewisse Befriedigung empfinden können, wenn der Ausgang der Affäre wenigstens eine Verbesserung der Stimmung zwischen Deutschland und den Weltmächten mit sich gebracht hätte. Man hatte uns doch immer auseinandergesetzt, daß die marokkanische Frage der Stein des Anstoßes sei, und daß die Entsendung des

„Panther“ vor allem auch den Zweck gehabt habe, den Anstoß zu einer Lösung eines für den Frieden bedeutenden Problems zu geben.

Ist nun die politische Lage heute günstiger als vor einem Jahre? Sind wir Frankreich näher gekommen, hat sich unser Verhältnis zu England gebessert? Niemand wird so leichtsinnig sein, diese Fragen zu bejahen. Im Gegenteil: die Spannung ist nur verschärft. Aus den Ereignissen des letzten Sommers zogen die „Nationalen“ den Schluß, daß zu Wasser und zu Lande die Rüstungen verstärkt werden müßten, und die Regierung trat dieser Auffassung bei. Wir vermehrten das Landheer und wir verstärkten die Flotte; der arbeitenden Bevölkerung wurden neue drückende Lasten auferlegt und die Spitzen der deutschen Rajonette und die Mündungen der deutschen Schiffskanonen richteten sich gegen Frankreich und England. Der Krieg um Agadir willen wurde zwar vermieden, aber das deutsche Volk — und nicht das deutsche allein — muß in erhöhtem Maße für den Militarismus zahlen, und die Gefahr des bewaffneten Zusammenstoßes ist nur vertagt, aber nicht abgewendet.

Die deutsche Politik hat Frankreichs Abneigung verstärkt und Englands Mißtrauen erhöht, und sie hat beide Länder in eine noch engere Verbindung gebracht, als sie zuvor bestand. Herr Millerand schürt durch Serenaden und andere militärische Schauspiele den französischen Chauvinismus, und Winston Churchill läßt Dreadnoughts über Dreadnoughts bauen.

Und nun versucht man, mit schönen Worten die Wunden zu heilen, die eine verfehlte Politik geschlagen hat, und möchte vor allem den deutsch-englischen Gegensatz mildern. Ja, wenn sich die Freundschaft zwischen Deutschland und England erreden, erschreiben, eressen, ertrinken und erkaufen ließe, dann gäbe es auf der ganzen Welt keinen Freundschaftsbund, der auf festerem Boden stände. Aber was haben all die Bemühungen, die in dieser Beziehung diesseits und jenseits der Nordsee unternommen worden sind, gebohrt? Es gibt bald keinen Deutschen und keinen Engländer mehr, der nicht in dieser oder jener Form sich an irgend einer Friedensaktion beteiligt hätte, aber die Dinge haben sich verschlechtert statt verbessert. So wird auch der Meinungsaustrausch, den jetzt die Zeitschrift „Nord und Süd“ herbeigeführt hat, ohne größere Wirkung bleiben. Im Juniheft ließ sie Engländer zu Wort kommen, im Juliheft sprechen Deutsche. Alles Leute von Rang und Stand, und alle meinen es sehr gut, und alle setzen auseinander, daß es doch eigentlich keinen Grund gäbe, daß die beiden Länder auf so gespanntem Fuß stehen, und daß es sich da nur um Mißverständnisse handele. Aber da ist wohl keiner unter den Deutschen, der nicht der letzten Flottenvermehrung begeistert zugestimmt hätte, und der nicht weitere Forderungen ohne weiteres als berechtigt anerkennen würde, und unter den Engländern befindet sich wohl auch niemand, der die Flottenpläne Churchills bekämpfte. So reden sie aneinander vorbei, die Leute mit Titeln, Würden und großem Kapital. Sie schwärzen vom Frieden und schüren den Krieg. Ihre Praxis schafft die Mißverständnisse, die sie in ihren Reden und ihren Aufsätzen so tief beklagen.

Aus der Masse des Volkes und aus der Partei, die sie vertritt, ist in „Nord und Süd“ keine Stimme laut geworden. Wozu auch? Sie hätte erklären müssen, daß all die schönen Freundschaftsversicherungen keinen Bitterkeit wert sind, und daß die berühmten Mißverständnisse auf sehr realen Tatsachen beruhen. Was von uns hundertmal auseinandergesetzt worden ist, wäre noch einmal zu wiederholen gewesen. Das Exportkapital der einzelnen Länder sucht hochverzinsliche Anlage in exotischen Gebieten, man will für die mit den Banken in enger Verbindung stehende Industrie über See Privilegien und Monopole sichern. Man kämpft heute nicht mehr um Land, um seine Territorien zu erweitern, man kämpft um Bezirke, in denen das eigene Kapital die Alleinherrschaft ausüben kann, und Heer und Flotte sind dazu da, diese Kapitalinteressen zu schützen.

Der Kapitalismus ist die stärkste, vielleicht die einzige Bedrohung des Friedens. Nur seine Ueberwindung beseitigt die Kriegsgefahr. Aber heißt das, daß wir nun fatalistisch warten sollen, bis dieser Zeitpunkt eingetreten ist? Nein, es gibt auch heute schon Mittel, die Gefahr wenigstens zu verringern. Bezeichnenderweise machen gerade die beiden Großindustriellen, die in „Nord und Süd“ in die Diskussion eingreifen, Thyssen und Stinnes, darauf aufmerksam. Stinnes fragt direkt: „Warum sollte es nicht möglich sein, die englische und deutsche Industrie demnächst ebenfalls zu gemeinsamer nützlicher Arbeit zusammenzuschließen?“ Das ist der Weg. Es muß alle Kraft daran gesetzt werden, die kapitalistischen Interessen beider Länder zu einer Verständigung zu bringen, und für dieses Ziel muß sich auch das Proletariat einsetzen. Das mag wunderbar klingen, aber das Interesse, das die Arbeitererschaft an Frieden hat, verbietet ihr, mit der Hoffnung zu spielen, daß kriegerische Katastrophen die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ins Verderben ziehen. Sie könnte am Ende bitter enttäuscht werden.

Die Hauptfrage aber bleibt natürlich die sozialistische Agitation und die immer engere Vereintigung der arbeitenden

Bevölkerung aller Nationen. Das „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ ist die Zauberformel, mit deren Hilfe sich alle Ketten brechen lassen.

Ein Jahr nach Agadir streckt die Sozialdemokratie Deutschlands aufs neue ihre Hand über die Vogesen und über die Nordsee hinüber, und sie ist gewiß, daß die Klassengenossen in Frankreich und England einschlagen werden, um aufs neue dem ersten Willen Ausdruck zu geben, gemeinsam zu arbeiten für den Frieden, den Fortschritt und die Freiheit der Völker.

Politische Uebersicht.

Bombensicher.

Das Wachstum der Sozialdemokratie ist für die Bourgeoisie zu einem der ernstesten Probleme geworden. Es hilft nicht, daß sie sich über die Tatsache dieses Wachstums hinwegtäuscht. Die Zahlen reden eine zu beuillige Sprache. So macht das rheinische Zentrumblatt, die „Rheinische Volkszeitg.“ folgende Ausführungen: Jeder, der die Entwicklung der Sozialdemokratie genauer verfolgt, muß sich die erste Frage vorlegen: Wie lange wird es noch dauern, bis die Sozialdemokratie das erste halbe Hundert bombensicherer Wahlkreise aufweisen kann? Diese Frage ist um so berechtigter, als bei der letzten Reichstagswahl sich die Zahl der Wahlkreise, in denen die bei der Hauptwahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen über 50 Prozent der Wahlberechtigten ausmachten, gegen 1907 um das Doppelte vermehrt hat. Zum erstenmal gab es solche Wahlkreise im Jahre 1890, nämlich vier. Bei der folgenden Wahl, im Jahre 1893, ging diese Zahl auf zwei zurück und nahm auch 1898 nicht zu. Ein starkes Anwachsen brachte die Wahl von 1903, und zwar von zwei auf zehn Wahlkreise. 1907 waren es elf, während die Zahl bei der letzten Wahl auf 22 stieg. Von diesen 22 hat in 10 Wahlkreisen zum erstenmal das sozialdemokratische Stimmenkontingent 50 Prozent der Wahlberechtigten überschritten. Wir führen die 22 Wahlkreise mit dem Prozentsatz der sozialdemokratischen Stimmen an, sowie das Jahr, wann die 50 Prozent zum erstenmal erreicht wurden. (Hierbei ist zu bemerken, daß in einigen Wahlkreisen das sozialdemokratische Stimmenkontingent vorübergehend wieder unter 50 Prozent zurückging.)

Berlin IV	68,9	1903	Mittweida	58,7	1912
Berlin VI	64,8	1907	Chemnitz	58,2	1909
Niebertarnim	60,7	1907	Zwickau	51,1	1903
Hamburg II	60,7	1890	Rangleben	52,7	1912
Hamburg I	57,8	1903	Mürnberg	52,4	1912
Leipzig-Land	56,8	1890	Berlin V	51,7	1912
Glauchau	55,5	1890	Reuß a. L.	51,0	1912
Stollberg	54,7	1903	Altona	50,8	1898
Berlin III	54,6	1912	Braunschweig I	50,5	1912
Dresden-Land	54,0	1903	Magdeburg	50,3	1912
Sachsen-Meiningen	53,8	1912	Hamburg III	50,2	1912

Wie ersichtlich, liegen nicht weniger als acht dieser Wahlkreise im Königreich Sachsen, dagegen nur einer in Süddeutschland, nämlich Nürnberg. Leipzig-Land ist der einzige Wahlkreis, der seit 1890 beständig ein sozialdemokratisches Stimmenkontingent von über 50 Prozent der Wahlberechtigten aufweist. In nicht weniger als 27 weiteren Wahlkreisen bewegt sich die Stimmenzahl der Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl zwischen 45—50 Prozent der Wahlberechtigten. Geht die Entwicklung der Sozialdemokratie wie bisher weiter, so werden auch diese 27 Wahlkreise bald zu dem festen Besitzstand der Sozialdemokratie gehören. Es sind folgende (mit Prozentsatz):

Reuß i. L.	49,7	Sachsen	42,0
Kalbe-Niechleben	49,7	Waldburg	47,9
Breslau-West	49,6	Mannheim	47,6
Lübeck	49,6	Riel	47,6
Döbeln	48,9	Meißen	47,5
Annaberg	48,8	Birna	46,8
Solingen	48,7	Erfurt	46,7
Berlin II	48,7	Mühlhausen i. E.	46,7
Reichenbach-Muerbach	48,7	Dannover	46,6
Offenbach	48,7	Raumburg	46,3
Dresden-Neustadt	48,4	Mühlhausen	46,3
Charlottenburg	48,3	Stuttgart	45,9
Bremen	48,2	Halle	45,6
Gotha	48,1		

Auch aus diesen Wahlkreisen liegen allein sieben im Königreich Sachsen. Die Uebersicht zeigt, welche bedenklichen Fortschritte die Entwicklung der Sozialdemokratie in einzelnen Teilen Deutschlands macht.

Soweit die „Rheinische Volkszeitung“. Sollte diese schreckliche Statistik nicht am Ende Material zu einem neuen Ausnahmegesetz sein? —

Das Liebäugeln des Zentrums mit den Nationalliberalen.

Auf einer Zentrumsversammlung in Mühlheim a. Rh. hat ein namhafter Zentrumsführer, der Oberlandesgerichtsrat Marz, sich über das derzeitige Verhältnis des Zentrums zu den anderen politischen Parteien ausgesprochen. Uebergangen wollen wir dabei die Ansicht des Redners, der heftige Zulauf zur Sozialdemokratie sei ein Beweis dafür, wie politisch unreif ein Teil des Volkes sei. Das Gegenteil ist richtig!

Wir auffallender Schärfe stellte der Redner dann fest, daß sich das Verhältnis zu den Konservativen verschlechtert

zert habe. Es seien Fragen der gemensamen Weltanschauung, die beide Parteien feinerzweit zusammengelassen hätten. Es habe sich jetzt aber immer mehr der gewaltige Einfluss gezeigt, den die Gehe in konfessionellen Fragen bei den Konservativen hervorgerufen habe. Die Konservativen hätten es anscheinend direkt darauf abgesehen, das Zentrum zu verlegen. Bei der Debatte über die Zulassung der Ehen zwischen Weißen und Schwarzen hätten sich die Sozialdemokraten christlicher gezeigt als die Konservativen; durch das Verhalten der Konservativen in der Unfallschutzpolitik seien konservative Grundzüge gefährdet. Die Nationalliberalen, mit denen in früheren Jahren gelegentlich zusammengearbeitet wurde, hätten bei den letzten Wahlen eine „Vollkommenheit“ gezeigt, durch die das Gesichtsfeld gegenüber den Sozialdemokraten verdunkelt sei. Und dabei habe gerade das Zentrum in Duisburg den Nationalliberalen herausgehauen. Das Zentrum sei jederzeit bereit, wieder mit den Nationalliberalen zum Wohl des Staates und der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß erstens die Zentrumspartei bei wichtigen Beschlüssen nicht ausgeschaltet werde, wie es zurzeit der Fallbildung geschehen sei, und daß zweitens ihre Weltanschauung und ihre religiösen Gefühle unberührt bleiben und die Nationalliberalen „unmoderne“ Bestrebungen, wie sie früher in diesen Dingen dort vorgekommen seien, ausschließen.

Zu den Finanz- und Steuerfragen bemerkte Herr Marx, der „Steuerhunger“ der Bevölkerung habe dazu geführt, daß nun wahrscheinlich die seit langer Zeit von den liberalen Parteien verlangte Erbschaftsteuer kommen werde. Der Redner ist noch jetzt gegen eine Ausgestaltung, die auch Ehegatten und Kinder heranziehen will. Das bedeute eine Expropriation und den Anfang vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat — es seien dann später nur noch die Prozente zu erhöhen. Die einseitige Belastung des unbeweglichen Vermögens, wie sie der Freisinn, der „größte Feind des Grundbesitzes“, wünsche, sei unhaltbar; nur wenn das bewegliche Vermögen ebenso herangezogen werde, sei die Steuer diskutabel, dann aber verlangen Freisinn und Sozialdemokraten. Es sei anzunehmen, daß der Vorschlag des Zentrums, eine Besitztsteuer einzuführen, die das bewegliche Vermögen ebenso zu treffen habe wie das unbewegliche, wofür nach seiner Meinung auch die Nationalliberalen zu haben sein werden, mit großer Mehrheit angenommen werden würde.

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt hierzu:

Die vorstehenden Ausführungen bestätigen, was man allerdings schon seit einiger Zeit weiß, daß der Draht zwischen dem Zentrum und den Konservativen endgiltig zertrüben ist. Und sie bestätigen ferner, daß auch die alte Verbindung mit der roten Partei sich bei der heutigen Konstitution des Zentrums nicht wiederherstellen läßt. Es bleiben also, wenn das Zentrum praktisch mitarbeiten will, nur die Nationalliberalen übrig. Aus diesem Grunde sind die „Bedingungen“, die Herr Marx für ein Zusammengehen mit der nationalliberalen Mittelpartei formuliert, von hohem Interesse. Die Nationalliberalen ihrerseits haben natürlich keinen Anlaß, die Mitarbeit des Zentrums abzulehnen, wo nationale und liberale Ziele dadurch gefördert werden. Das ist aber auch die Grundbedingung, die sie ihrerseits stellen müssen. Und wir glauben, es genügt, diese Grundbedingung zu nennen, um zu zeigen, daß der Spielraum für ein Zusammengehen nicht gerade allzu groß sein wird.

Die freikonservative „Post“ bemerkt: Das Abbrücken von den Konservativen seitens Dr. Marx verfolgt auch offensichtlich nur einen taktischen Zweck. Es soll den Nationalliberalen das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum schmählicher machen. Das Zentrum legt mit Recht großen Wert darauf, enge Fühlung mit den Nationalliberalen oder wenigstens einem beträchtlichen Teil derselben zu gewinnen, denn es bedarf deren, um die ausschlaggebende Stellung im Reichstage, welche das Hauptziel seiner konsequent verfolgten Politik ist.

Die christliche Brüderlichkeit im Zentrum.

Die „Kölnische Korrespondenz“ wütet in jeder neuen Nummer heftiger gegen die Bachemische Richtung.

In der letzten Nummer vom 1. Juli ist ein Artikel „Die Infamie“ überflogen, worin gesagt wird, daß „unter den Organen der Kölner Richtung neben der Meißner Zeitung noch das Inzeratenblatt „Essener Volkszeitung“ auf niedrigerer Stufe steht.“ Dies Blatt bringt eine Rundschreiben, worin die deutschen Bischöfe aufgefordert werden, Herrn Dr. Kaufmann (der bekanntlich Kaplan ist) aus ihren Diözesen zu vertreiben. „Keine andere Partei habe eine solche Infamie jemals erlebt.“ Weiter greift das Essener Zentrumblatt die Würdenträger der Kirche, Bischöfe und Kleriker in höherer Stellung an, die Dr. Kaufmann „immer noch ihre Ähren stützen“ und ihn beschützen. Darauf schreibt die „Kölnische Korrespondenz“: „Die Infamie ergreift nicht nur unsern Feind im Land der Welt, wo es Katholiken und katholische Blätter wagten, eine solche Sprache gegen kirchliche Autoritäten zu führen!“

Das „Katholische Deutschland“ erklärt in seiner Nummer vom 30. Juni eine Erklärung gegen die „Schlesische Volkszeitung“, worin das bachemische Zentrumblatt der Verdächtigung und Verleumdung des „Katholischen Deutschland“ gezeihen wird.

Weiter veröffentlicht das „Kath. Deutschland“ eine Verurteilung, die ihm die bachemischen „Schlesischen Nachrichten“ gesandt hat, weil das „Kath. Deutschland“ über das Zentrumblatt geschrieben hätte: „Ein Blatt, das berart gegen den Papst und die treulichen Vereine heft, ist nicht wert, in das Haus eines katholischen Schlesiers zu kommen.“

Dem Justizrat Dr. Borsch wirft das „Katholische Deutschland“ vor, er habe in seiner gegen den Grafen Oppersdorff gerichteten Rede durch Herausgreifen zweier Sätze aus dessen Artikel dem Grafen „eins verlesen“ wollen und habe „diese Sätze dadurch in vollkommen wahrheitswidriger Weise entstellt.“ Dann wird Justizrat Borsch noch „Verdrehung“ vorgeworfen.

So sieht der brüderliche „Waffenstillstand“ aus, der nach dem vom Papst verkündeten „lebhaftesten Wunsch“ bis zu der von Rom zu fallenden Entscheidung eintreten sollte!

Die Christlichen in Bedrängnis.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften ist auf das Nachwort der Bischöfe im Zentrumslager beigelegt worden. Gar nicht erbaud davon ist aber die andere christliche Seite, die mit Reiz auf die Macht der katholischen Kirche blickt, die diese über die katholischen Arbeiter und die christlichen Arbeiterorganisationen ausübt. Offenbar im Hinblick auf die Tagung der Selben in Essen hegt die „Tägliche Rundschau“. Sie weist auf die Rundgebungen der katholischen Bischöfe hin und vergleicht damit die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, um zu folgendem Resultat zu gelangen:

Wir haben angefangen diese Haltung noch einmal alle die Erklärungen der Gewerkschaftsvorstände durchgelesen, ob sich hier eine Garantie für die protestantischen Gewerkschaftler finde, die sie von den Weisungen und Entscheidungen des Klerikalismus unabhängig macht. . . . Es fehlt die einfache und entscheidende Erklärung: wir haben uns zusammengefaßt, der Klerus hat uns als interkonfessionellen Gewerkschaften keine Weisungen zu geben, wir bleiben zusammen, selbst wenn der Klerus es anders wollte! Wohl behauptet die Gewerkschaftskorrespondenz, der Papst gibt den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften keine Weisungen, aber zugleich wird zugegeben, daß „in dieser Streitfrage“ für den katholischen Volksrat Papst und Bischöfe die „zuständige Instanz“ sind. Verbitet also der Klerus den katholischen Arbeitern den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften, so sind sie verloren. Die unerträgliche Abhängigkeit der evangelischen Volksgenossen also ist unbestreitbar und bisher fehlt ein offizieller Gewerkschaftsbeschluß, der hier irgendwelche Sicherheit böte. Um so kräftiger sollten nun evangelische Arbeitervereine und Gewerkschaftsführer ihre Stimme erheben und in dieser unbefuglichen Abhängigkeit von den Entscheidungen des römischen Klerus durch ihre katholischen Verbandsgenossen Sicherungen verlangen. Leider schwiegen die protestantischen Arbeiterverbände bisher, und was uns von Neuperungen christlicher Gewerkschaftsführer z. B. Gesicht gekommen ist, das sieht eine wenig imponierende Sprache. . . . Nicht die Rücksicht auf den voraussichtlichen Ausgang dieses Streites, sondern die Tatsache, daß hier kirchliche Machtansprüche, die Antreibung nationaler Ziele wären, daß evangelische Volksgenossen in Abhängigkeit von den Entscheidun-

gen des römischen Klerus geraten, macht es den besonnenen Kreisen zur Pflicht, zur Wahrung der nationalen und protestantischen Interessen in der Gewerkschaftsfrage auf der Macht zu stehen.“

Der christliche Gewerkschaftsstreit wird also noch weite Kreise ziehen. Bald werden die braven Christen in Zweifel geraten, von welchen Stellvertretern Gottes sie die Sanktionierung ihrer Gewerkschaftsarbeit erbitten sollen, ob von den Geschlorenen oder von den Geschleierten.

Die Entwicklung der deutschen Volksversicherung.

Soeben hat der Berliner Genossenschaftstag aus dem Munde des Genossen v. Elm erfahren, wie weit das großartige Projekt der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften, die Errichtung einer gemeinsamen Volksversicherung geblieben ist. Wie der Referent mitteilte, wird die Gesellschaft bereits am 1. Januar 1918 in Aktion treten können. Welch ungeheures Gebiet die organisierten Arbeiter damit sich anschließen, der privatkapitalistischen Initiative zu entziehen und auf genossenschaftlicher Grundlage zu organisieren, erkennen wir, wenn wir die Entwicklung betrachten, die die deutsche Volksversicherung, also die Versicherung der kleinen und kleinsten Leute, genommen hat. Die Zahl der Volksversicherungen betrug:

Jahr	Bestand	Versicherungssumme Mill. Mark
1885	222.000	48,8
1890	559.818	128,1
1895	1.250.011	280,5
1900	2.605.300	689,7
1905	5.778.287	1.087,0
1910	7.870.894	1.608,9
1911	8.800.000	1.780,0

Von 222.000 mit einer Versicherungssumme von 48,8 Millionen Mark im Jahre 1885 ist die Zahl der Policen auf 8.800.000 mit einer Versicherungssumme von 1780 Millionen Mark im Jahre 1911 in die Höhe gegangen, ein Beweis dafür, wie stark in den unteren und Mittelschichten das Bedürfnis ist, die berufliche Versicherung durch eine private zu ergänzen. Rund her achte Teil der deutschen Bevölkerung war im letzten Jahre an der Volksversicherung beteiligt. Vor allem sind es die Viktoria und die Friedrich Wilhelm, daneben auch die Thuna, Wilhelma, die Rothenburger, die aus diesen Versicherungen Gewinne schöpfen, die alljährlich hoch in die Millionen gehen. Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherung „Volksfürsorge“ wird nur im Interesse der Versicherten arbeiten und dafür sorgen, daß diesen kein Pfennig des eingezahlten Kapitals verloren geht.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat gegen die Besteuerung. Der ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates hielt in Baden-Baden seine diesjährige Tagung ab, der u. a. von Eisenburg-Jaruschau betwohnt. Die Tagung beschäftigte sich mit der Frage der Besteuerung und der Deduktionsteuern, die der Reichstag beschlossen hat. Der ständige Ausschuss gab hierzu folgende Erklärung ab: 1. Nachdem die notwendige Deckung der Wehrvorlage ausschließlich durch eine neue starke Belastung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes erfolgt ist, erscheint es doppelt unbillig, die gelehrt für den 1. April 1914 beschlossene Perabhebung der Zuckersteuer von dem vorherigen Inkrafttreten einer neuen allgemeinen Besitzsteuer abhängig zu machen. Da der Zuckerverbrauch durch die Höhe der Zuckersteuer eine sehr bedeutende Einschränkung erfährt, würde eine Perabhebung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark pro Doppelzentner auf die Dauer überhaupt keine Minderung, sondern eher eine Steigerung der Reicheinkommen bringen. Ein weiterer Ausschuss der jetzt 20 Jahre vom Reichstag gefordert und wiederholt gefällig beschlossenen Perabhebung der Zuckersteuer erscheint daher nicht nur unwirtschaftlich, sondern zugleich auch finanzpolitisch verfehlt. 2. Sollten die Ergebnisse des laufenden Etatsjahres auch im kommenden Winter nach dem Wiedergesammentritt des Reichstages überhaupt noch eine Besitzsteuer erfordern, so würde eine mögliche und voraussichtlich bald wieder entbehrliche Erhöhung der Matrularbeiträge, so bedauerlich diese auch an sich sein würde, doch jeder neuen Besitzsteuer vorzuziehen sein. — Junfermann!

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holt.

21] (Nachdruck verboten.)
Je näher Anton der bewachten Stelle kam, desto langsamer ward sein Schritt, desto leiser trat er auf. Der Gedanke an die Mitternacht, an die Geisterstunde, die, wo nicht schon angekündigt, ganz nahe sein mußte, regte sich in ihm. Da vernahm er dumpfes Stöhnen; es schien von dem Plage auszugehen, auf dem er selbst gelegen, als der schwarze Wolfgang ihn aufgefunden.
„Wolfgang, bist Du hier?“ fragte Anton mit änderndem Tone. Das Stöhnen schwieg, und eine hellere Stimme erwiderte: „Ja, hier!“ Alsobald kniete Anton neben dem Kranken, dessen Hals er sanft umschlang, dessen Haupt er vorsichtig emporhob und schaute.
„Und Wolfgang rebete: „Gut, daß Du kommst; es ist die höchste Zeit. Ich werde leichter sterben, wenn Du bei mir bist. Nun ist's aus, Korbmacher. Ich habe meinen Willen, die braune Kugel hat dem schwarzen Wolfgang den Rest gegeben; sie und der Brandwein. Nimm Dich vor beiden in acht. Sie sagte immer, sie liebe mich! Mir sterben wollte sie mich nicht lassen. Sie meinte, das wäre „grauslich“. Sie mag recht haben. Ich verzeihe ihr nur, weil sie Dich schätzte. Zum Leben war sie mir lieber; zum Sterben kann ich Dich besser gebrauchen; Du bist gut, sie ist schlecht, noch schlechter als ich.“
„Armer Wolfgang“, schluchzte Anton, sich und seinen eigenen Jammer vergehend, „warum suchst Du nicht eine Ruhestätte in einem friedlichen Gange? Warum schleppst Du Dich nicht bis zu uns? Wenn hätte ich Dir mein eigenes Lager als Krankenbett eingeräumt. Und unser alter Herr Pastor hätte Dich besucht mit geistlichem Trost und Zuspruch.“
„Geh mir mit Deinem lutherischen Schwarzbrod, der kann mich nicht helfen. Einen Priester von meine Kirche gibt es in Eurer Hebergegend nicht; ich muß ohne Delung abfahren, mir wird mein Reifwagen nicht gesteuert. Da war mein Alter besser daran, wie sie ihn anhängen. Sappement, war das ein schauer Zug! Lausens und aber tausend Reichen! Und er das Kruglein in der Linken, von dem ein kleiner, baumlanges, beinahe weißes Blutrotten Keulen und Rosen herborragte, den er einmal ums andere Mal an die bleichen Lippen drückte und küßte. Und ein bieder Kapuziner neben ihm, der ihm unaußsprechlich ins Ohr flüschte, daß er gen Himmel fahren werde. So, wie er dann in der Luft zappelte — da hing er wie eine tote Frucht; und ich muß am Boden verfaulen. O, der schwarze, Anter, der zerriß mir die Brust. Jedes Wort, das er sprach, gab mir einen Stich.“

„So rede nicht, Wolf. Ruhe ein wenig; versuche, ob Du schlummern magst. Ich verlaße Dich nicht; ich weiche nicht von Dir. Geheiß nicht.“
„Ich muß reden! — Versprich mir, Anton, daß Du mit der Kugel nicht einlassen willst, wenn sie Dir wieder begegnet. Versprich mir's. Um Demeitwillen nicht. Aber auch meiner Willen nicht. Dich tui' sie zugrunde richten — und ihr gönne ich Dich nicht. Die Eifersucht würde mich aus dem Grabe treiben, ich müßte als Gespenst zwischen Euch fahren. Sonst mag sie's halten, mit wem sie will; nur mit Dir nicht. Sonst mit wem sie will. Meinethalb auch mit Onkel Rufus. Trägt der mein schwarzes Plaster noch? Saha — o weh, das Dachen erstickt mich! Luft! In Zeuleis Namen, Luft! Korbmacher, Du erdroffest mich mit Deinem Arme. Wenn Du mich erstickst willst, nimm einen Strick, knüpfe mich auf! Hänge mich! Saha, Vater und Sohn!“
Auf diese Weiße trieb es der Sterbende länger als eine Stunde, daß Anton zuletzt ganz unempfindlich und stumpf wurde gegen seine ruhmlosen Phantasien.
Als die Nacht zu scheiden begann, ward er ruhiger. Noch ein heißer Blutstrom stürzte aus seinem zudenben Munde, dann sprach er sanft: „Das Schlammfisch ist vorüber; der liebe Gott hat Mitleid mit mir. Es ist überstanden. Vergiß nicht, mir die Augenlider zu schließen. Offene Augen sind schrecklich bei Toten. Lausche mein Luch in den Quell dort nahe bei und lege es auf die Augen, wenn sie geschlossen sind. Ich danke Dir, lieber, lieber Anton! Sei glücklich!“
Hiernach verstaunte der schwarze Wolfgang.
Die Sonne bläute schon durch Morgenwolken, und Anton hielt seinen ungeligen Freund noch immer im Arm, gleich einer Mutter das schlummernde Kind, schweigend, um ihn nicht zu erwecken. Wie es aber hell wurde um ihn her, wie er die veränderten Gesichtszüge, das gläserne starre Auge, die Ruhe der nicht mehr leuchtenden Brust bemerkte, da durchzog unheimliches Grauen sein junges Herz. Er griff nach der Hand des Verbliebenen — sie war steif, jede Lebenswärme aus ihr geschwunden. Er legte die eigene Hand auf Wolfgang's Wangen — diese kühlte sich an wie Stein.
„Er ist tot!“ rief er auf, zog den Arm, in welchem er den Leichnam gehalten, zurück, sprang empor und wandte sich ab von dem fürchterlichen Bilde, um schauend zu entfliehen. Doch kaum waren einige Schritte getan, als er sich des schmerzlichen Versprechens erinnerte. „Wut!“ sprach er, „wie seltsam bin ich doch! Das ist halt der Tod, wie er uns allen bestimmt ist, weiter nichts. Damit muß man sich belassen machen. Und mein Wort gab ich auch: die Augen will ich ihm schließen.“
Nachdem dies geschehen, blieb er auf den Knien liegen, schaltete seine Hände und betete. Hernach zog er sich, auf die

eiskalte Stirn des Toten, obwohl mit Grauen, einen Fuß zu brüden. Endlich stand er langsam auf, betrachtete die Leiche mit festem Blick und sagte: „Die Du daliegst, Wolfgang, soll ich Dich im Gedächtnis behalten, will oft an Dich denken und an diese Nacht; das kann nicht schaden.“
Fünftes Kapitel.
„Grundglühiger Himmel, Anton, was hast Du begangen? Wo kommst Du her? Wo hast Du diese Nacht zugebracht? Welch Unheil ist geschehen? Wessen Blut lebt an Deinen Kleidern, an Deinen Händen?“
Mit diesem Schredensruf empfing Mutter Goltz ihren Enkel. Dieser erfuhr erst durch sie, daß er einem Mörder ähnlich ins Haus trat. Er bebte vor sich selbst zurück. Während er Wäsche wuschelte und ganze Schirme lauwarmen Wassers über sich goß, die Spuren seines traurigen Totenmörder-Amtes zu verbergen, teilte er durch die Kammertür und bruchstückweise der alten Frau das Wichtigste mit, wobei jedoch schamhafte Scheu ihn abhielt, jener Botin Erwähnung zu tun, die ihn nach dem Suchswinkel beschieden. Sein Bericht kam ungefähr so heraus, daß die Großmutter annehmen konnte, Anton habe von Landknechten, die Walderbeeren gesucht, sagen hören, es liege ein Kranker im Gebüsch, der nach ihm frage. Sie stellte sich damit auch zufrieden, weil sie nur erst keine Blutstropfen mehr an ihm sah. Er begab sich in seinen Werktagkleidern aufs Schloß, sobald er etwa vermuten durfte, daß die von der Ballnacht ermüdeten Zinassen desselben Tag gemacht haben würden. Feterlichen Bericht abzufragen über den im Walde verstorbenen Bagabunden, und die gnädige Herrschaft um ein Begräbnis für selbigen anzusprechen.
„Der Rababer mag draußen verkaufen im Suchswinkel, oder die Fische mögen ihre Jungen damit mästen, wenn ihnen das Luder des verstorbenen Landstreichers nicht auch zu schlecht ist!“ So ungefähr lautete des Onkel Rufus freundschaftliche Resolution.
Amz und Miez rümpften ihre Nasen, als welche sich der nunmehr vollendete bereitst zum Ziele seiner Steinwürfe auszuersuchen, und meinten nicht ohne Grund, es gäbe Arme genug in Obernaun, für fremde Unberrückter reiche ihr Taschengeld nicht aus. Otkille sagte halblaut: „Hast Du Freundschaft mit dem gehalten? Das macht Dir viel Ehre!“
Rubs und Buschel samt ihren acht Genossen stellten sich an, wie wenn sie pantomimisch zu verstehen geben wollten, es würde, wende man sie einen nach dem anderen um und um, nicht so viel Geld aus ihren Taschen fallen, daß eine Ratte nur einigermaßen anständig beerdigt werden könne.
(Fortsetzung folgt.)

Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. In der Nummer des „Reichsanzeigers“ vom Montag wird ein Gesetz über die Verbilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Beamten veröffentlicht. Durch dieses Gesetz werden für den genannten Zweck wieder 14 Millionen M. flüssig gemacht.

Konservative Einsicht. In einem Artikel über die Reichstagswahl in Posen-Großpolen macht der konservative Medailleur Masches folgende Ausführungen:

„Es läßt sich nicht verkennen, daß die Art der Behandlung der mecklenburgischen Verfassungsfrage seitens maßgebender Kreise der mecklenburgischen Ritterschaft vielfach Besremden und Mißbilligung im Lande erregt hat, und daß manche sonst gut konservativ gerichteten Personen aus diesem Grunde liberal gewählt haben und liberal wählen. Nach allem muß jedoch wie möglich mit den seit dem Jahre 1907 sich hinsichtlich der Verfassungsverhandlungen in Mecklenburg ein Ende gemacht und eine moderne Verfassung, wie in anderen Bundesstaaten, eingeführt werden. Das ist der Wunsch selbst vieler konservativ gerichteter Kreise.“ Diese Einsicht kommt sehr spät!

Konservative Schmerzen. Die Präsidentenwahl im vreußischen Abgeordnetenhaus ist, wie der „Neuen politischen Correspondenz“ aus Abgeordnetenkreisen mitgeteilt wird, noch völlig ungelöst. Einen Favoriten gibt es nicht. Einige der etwa in Betracht kommenden Abgeordneten haben aus Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand die Übernahme des „schwierigen“ Präsidentenamtes bestimmt abgelehnt. Vor dem Zusammenritt der konservativen Fraktion beim Beginn der Herbsttagung wird sich kaum übersehen lassen, welches Mitglied der Fraktion die meisten Aussichten für die Wahl zum Präsidenten haben dürfte.

5000 rote — 20.000 schwarze Agitatoren. Je ärger die Schwarzen ins Gedränge kommen, je mehr sie in den breiten Massen des Volks an Boden verlieren, um so kräftiger hat sich die nach Wacungen für ihren Niedergang und den sozialdemokratischen Aufstieg. Aus dem Geschäftsbericht der Unterstützungsvereinigungen des Vereins Arbeiterpresse rechnet M. Glabach heraus, daß der Sozialdemokratie ein Beamtenstab von rund 8000 Mann zur Verfügung stehe und, meint die M. Glabacher Korrespondenz, man brauche sich nicht zu wundern, wenn deren Organisations- und Agitationsarbeit auch in den Wahlergebnissen der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommt.“

Das Zentrum dürfte mit den Agitatoren, die in Parteien, in seiner Presse, in den christlichen Gewerkschaften usw. ihm zur Verfügung stehen, an Zahl sicher nicht hinter der Sozialdemokratie zurückbleiben. Das Zentrum hat aber eins vor der Sozialdemokratie voraus! Den Agitator im schwarzen Rock, den Zentrumskaplan. Schon 1907 gab es nach den Ergebnissen der Verfassungszählung in Deutschland 22.854 katholische Geistliche, Missionare und Anstaltsgeistliche. In Preußen belief sich 1909 allein die Zahl der katholischen Weltpriester auf 10.111, die Zahl der Ordenspriester auf 753, heute wird diese Zahl 12.000 erheblich überschritten haben. Weit über 20.000 wird die Präsenzstärke der Pontifikararmee der schwarzen Armee in Deutschland betragen.

Den sie alle, mit verschwindenden Ausnahmen, sind Zentrumssagitatoren, mit dem Unterschied, daß nicht das Zentrum sie bezahlt, sondern daß zu ihrer Lösung auch die zwangsweise erhobenen Gebühren der katholischen Zentrumsgegner verwendet werden!

Da trotz dieses Aufgebots von Agitatoren die „guat Sach“ Not leidet, ist anzunehmen, daß der deutsche Michel in Zukunft noch ärger als bisher die schwarze Bande von den Augen ziehen und offenen Mißtrau in das Weltgeriebt schauen wird, zum großen Verdruss volksausraubender Junker und Junkerengenossen.

Gegen den liberalen Surrepatriotismus wendet sich Oberst a. D. Gade, der frühere militärische Sachverständige des „Berliner Tageblatt“, in seinem „Kleinen Journal“. Er schreibt, daß die Angaben eines liberalen Berliner Blattes über die Organisation der französischen Infanterie teils völlig falsch, teils irreführend sind. Offenbar verärgert bemerkt er einleitend, die Angaben scheinen fast zu beweisen, daß dieses Blatt mit seinem militärischen Beitrag in das Lager des Surrepatriotismus übergegangen ist, und daß ihm jedes Mittel recht ist, seine Leser von der Notwendigkeit fortgeleiteter neuer Rüstungen zu überzeugen — selbst mit Hilfe unzutreffender Behauptungen. „Gade“ schließt seine Ausführungen wie folgt: „Aber wenn Frankreich nun wirklich 20 Bataillone mehr hätte? Das erwähnt der Verfasser garnicht, daß unsere Infanterie sowohl an Zahl der Unteroffiziere als der Mannschaften der französischen ganz beträchtlich überlegen ist; es hinge also nur von unserer Deeresverwaltung ab, schon jetzt nicht nur ebensoviele, sondern erheblich mehr Bataillone aufzustellen als Frankreich, wenn sie diese Bataillone ebenso schwach machen wollte als die unseres Nachbarn sind. Wenn sie das nicht will — es liegt hier ein grundsätzlicher Unterschied der organisatorischen Anschauungen vor — dann kann sie nachher nicht kommen und sich betlagen, daß Frankreich uns an Zahl der Bataillone überlegen ist.“

Zur national-liberalen Parteienzersetzung. Eine Versammlung des Jungliberalen Vereins Darmstadt beschloß, der neugegründeten „Freien Vereinigung heftiger National-Liberaler“ beizutreten. Die anwesenden beiden Parteiführer Dr. Mann und Dr. Müller protestierten vergeblich gegen den Anschluß. Infolgedessen traten beide Parteiführer nebst vier weiteren Mitgliedern aus dem Verein aus.

Die Ehescheidungen nehmen zu. Auf je 100 000 Einwohner entfielen im Jahresdurchschnitt im Deutschen Reich 1900 bis 1904: 15,9, 1905 bis 1908 19,6, 1909 23,1 Ehescheidungen. Nach den Ergebnissen der beiden letzten Jahre hat der Scheidungsprozent auch weiterhin eine erhebliche Zunahme erfahren. Bei 47,6 aller in Preußen rechtskräftig geschiedenen Ehen erfolgte die Trennung wegen Ehebruchs, Doppelscheide und jekweller Verfehlungen. Von der Gesamtzahl der Ehescheidungen entfielen etwa 80 v. D. auf die Städte, 20 v. D. auf die Landgemeinden.

Zur Affäre des Hauptmanns Kossjenski. In dem Wunsche, in der Angelegenheit des russischen Kapitän Kossjenski wenn möglich vor der Kaiserzusammenkunft zwischen Wilhelm II. und des Zaren am 4. Juli eine Entscheidung herbeizuführen, hat der Reichskanzler im Laufe des gestrigen Tages eine längere Konferenz im Reichsjustizamt gehabt. Es scheinen sich dabei keine Momente ergeben zu haben, die eine Freilassung des Offiziers ermöglicht hätten.

Spionage liberal. Der Gouverneur von Klauschau sieht sich, der „Voss. Zig.“ zufolge, veranlaßt, in einer Bekanntmachung nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß nicht nur der direkte Verrat militärischer Geheimnisse an feindliche Nationen, sondern auch das Photographieren der Befestigungsanlagen mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren bestraft wird.

Amliches Resultat der Reichstagswahl. Nach dem amtlichen Wahlergebnis wurden bei der Reichstagswahl in Posen am 18. Juni von 16 598 gültigen Stimmen für Stowick 9439 und für Pauli 7154 Stimmen abgegeben.

Ausland.

Die Generalstreikfrage auf dem belgischen Parteikongress. Auf dem Kongreß der sozialistischen Partei Belgiens am Sonntag gedachte der Vorsitzende Wauters in seiner Eröffnungsansprache der Arbeiter, die das Opfer der letzten Fälliladen geworden waren. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde ein Antrag angenommen, der die Vertreter der liberalen Presse vom Kongreß ausschloß. Die Debatte über den Generalstreik ließ zwei Richtungen sich gegenüberstellen. Der Vorsitzende der einen war Genosse De Kesse, der Vertreter der Föderation Charletois.

Dieser verlangte die Ausnützung des Enthusiasmus und der Kampfstimmung durch unmittelbares Einsetzen des Generalstreiks im Juli. Sobald die Kammermehrheit eine Resolution der Verfassung verweigere, solle der Generalstreik einfliegen.

Die zweite Richtung wurde repräsentiert durch den Vorstand und die meisten Föderationsgruppen. Diese verlangten die Vorbereitung eines organisierten Streiks, zu dem die Massen von den einzelnen Föderationen bearbeitet und geschult werden sollen; vor allem solle aber ein parlamentarisch glücklicher Moment abgewartet werden.

Nach einer stürmisch bewegten Debatte, in der Wauters, Brochez und Inseele für die zweite Auffassung, De Kesse für die erste eintraten, kam es, wie bereits kurz gemeldet, zur einstimmigen Annahme einer Kompromißresolution zwischen dem Antrag Charletois und den Vorstandsmitgliedern.

Die Resolution verlangt die Vorlegung eines Verfassungsverifikationsprotokolls, und zwar spätestens bei Wiederauftritt der Kammer im November. Dann soll die parlamentarische Aktion durch alle Mittel, besonders durch den Generalstreik, unterstützt werden. Letzterer soll wohlorganisiert und unter allen Umständen friedlich sein; auf keinen Fall soll er im Juli einfliegen. Zur Organisation des Streiks wird aus dem Generalkomitee der Partei, der Gewerkschaftskommission, den Vorständen von Genossenschaften und Gewerkschaftszentralen ein Komitee gebildet, das am 17. Juli zusammentritt.

Die einstimmige Annahme der Resolution löste stürmische Begeisterung und begeisterte Hochrufe auf das Wahlrecht aus. Genosse Wauters schloß um 7 Uhr den Kongreß, indem er für dessen glänzende Paltung dankte und zu fastblütiger und jäher Arbeit aufforderte, um den Beschluß in die Tat umzusetzen.

Der Doctarbeiterstreik vor dem Unterhaus. Im Laufe der Beratung über die von der Arbeiterpartei eingebrachte Resolution, in der die Regierung dringend aufgefordert wird, eine Zusammenkunft der Arbeiter mit dem Doctarbeiterstreik in Frage kommen, auszuhandeln, erklärte Premierminister Asquith, er könne an einen derartigen Schritt nicht denken. Eine Intervention der Regierung in dieser Angelegenheit würde gegenwärtig unter den vorliegenden Verhältnissen weder zu rechtfertigen noch rasam sein. Er glaube jedoch, daß es im Interesse der Arbeiter, der Arbeitnehmer und der Allgemeinheit wünschenswert sei, wenn vor oder nach der Wiederaufnahme der Arbeit eine Zusammenkunft stattfinden würde.

Der Führer der Unionisten Bonar Law brachte zu der Resolution ein Amendement ein, in dem es heißt, daß das Haus die Erklärungen des Premierministers billigt, daß die normale und die konstitutionelle Haltung der Regierung in Arbeiterstreitigkeiten die einer vollständigen Neutralität sein sollte, und daß das Haus der Meinung sei, daß eine Intervention des Parlaments in dem Streit nicht von Nutzen sein würde. Nach weiterer Debatte, in deren Verlauf Ramsay MacDonald erklärte, die Arbeiter würden zur Arbeit zurückkehren, wenn sie die Versicherung erhielten, daß ihre Beschwerden mit den Arbeitgebern besprochen würden, wurde das Amendement von Law mit 260 gegen 218 Stimmen abgelehnt und die Resolution der Arbeiterpartei mit 254 gegen 188 Stimmen angenommen.

Wie die russische Geheimpolizei politische Propaganda treibt! Wie der sozialdemokratische Dumaabgeordnete, Genosse Wegeschfort, in einer seiner jüngsten Reden mitteilte, wurden in sämtlichen Arbeitervereinen Petersburgs Zehntausende von Flugblättern verbreitet, die die Arbeiter aufzuforderten, gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten zu protestieren, die dem Marinerestort die für die Arbeiter so nützlichen „Blottentredite“ verweigerten. Die Flugblätter trugen die Unterschrift einer geheimen revolutionären Organisation. In Wirklichkeit aber waren sie — wie Genosse Wegeschfort mitzutellen in der Lage war — in der Petersburger „Ochana“ hergestellt!

Italienische Drohungen. In einem Leitartikel erklärt der „Corriere della Sera“, die italienische Regierung habe für den Augenblick keine Ursache, ihre Haltung zu ändern, die sie in ihrem Zirkular nach der Kriegserklärung festlegte. Damals habe Italien versprochen, während des Krieges den Frieden und den Status quo auf dem Balkan aufrechtzuerhalten. „Mit den Worten „für den Augenblick“, fährt das Blatt fort, „haben wir aber erklärt, daß man die künftige Entwicklung der Ereignisse nicht voraussehen und unsere Haltung nicht nur abhängig von der der anderen Staaten sein kann, die an der Lage auf dem Balkan interessiert sind und verschiedenartig Stellung nehmen könnten, wenn schwerwiegende Ereignisse eintrüben.“

Unangenehm ist die Lage der italienischen Regierung gewiß nicht. Die Drohungen mit einer Aktion auf dem Balkan dürften jedoch Drohungen bleiben. Die Trauben hängen zu hoch.

Protestkundgebungen gegen die italienische Regierung in Messina. Unter den Rufen: „Nieder mit Giolitti! Nieder mit der Verwaltung!“ haben in Messina heftige Kundgebungen stattgefunden. Sie richten sich gegen die Untätigkeit der Regierung, die trotz der vom In- und Ausland aufgebracht Gelder die wirksame Befreiung der Erdbebenopfer nicht unternimmt. Giolitti hat jetzt Wichtigeres zu tun und die Gelder des Landes zum „Ruhme Italiens“ in den Sandwüsten von Tripolis zu verwenden. Schlechte Patrioten in Messina!

Die Regierungskrise in Spanien. Aus Madrid wird zu der gestrigen Abstimmung in der Kammer gemeldet: Die Zahl von 171 Stimmen, die die Verwaltungsvorlage der Regierung fand, wird als eine ernste Schlappe der Regierung angesehen, da die Kammer 400 Mitglieder zählt und die Regierung alle abwesenden liberalen Deputierten nach Madrid berufen hatte. Man glaubt, daß Canalejas heute dem König die Vertrauensfrage unterbreiten werde. Jedenfalls erscheint die Stellung des Ministeriums sehr erschlütert. Im Verlauf der Sitzung hatte Ministerpräsident Canalejas erklärt, er sei entschlossen, den eingebrachten Gesetzentwurf durchzuführen oder abzutun. Er ersuche die Kammer um Annahme desselben, aber er erbiete sie nicht. Der Abgeordnete Mauga erklärte, die Konservativen würden sich der Abstimmung enthalten. Andere Führer der Opposition führten aus, sie würden für den Gesetzentwurf stimmen, denn sie erblickten in ihm die Tendenz einer Selbstregierung der Provinzen. Trotzdem vertließen sie bei der Abstimmung mit ihren Parteigenossen den Saal.

Der Abstimmungsverord in Baltimore. Der Nationalkongreß der Demokraten, der sich Montag um 5 Uhr nachmittags vertagt hatte, nahm um 8 Uhr abends die Abstimmung über die Aufstellung des offiziellen demokratischen Präsidentschaftskandidaten wieder auf. Der Kandidat der Fortschrittlichen, Wilson, gewann wohl langsam einen immer größeren Vorsprung gegen Clark und brachte es mit 494 Stimmen in der 42. Abstimmung auf eine Majorität von 64 Stimmen, nachdem er vorgestern noch mit mehr als 100 Stimmen im Hintertreffen geblieben war; von einer Zweidrittelmehrheit ist aber auch Wilson noch weit entfernt. Um Mittwoch verlagte sich der Kongreß bis Dienstag mittag. Die Wilsonleute wollten die Sitzung fortsetzen. Der Antrag auf Vertagung nach der 41. Abstimmung entsetzte einen leidenschaftlichen Protest und führte zu Faustkämpfen der überreichten Delegierten, so daß die Polizei

einschreiten mußte. Die meisten Besucher, aber auch viel Alerie, sind abgezogen, weil sie auf die Kosten eines so lausfünftel nicht vorbereitet waren. Seit 50 Jahren kennen Geschichte der Union keinen demokratischen Kongreß, der zu gleichen Zahl von Bestimmungen gelangte.

Nach einem neueren Telegramm ist Wilson zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden. Er hat also im reellen Verlaufe der Abstimmungen die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 646 Stimmen erreicht.

Ein deutscher Beamtenbestechungsprozeß an der russischen Grenze.

In der fortgesetzten Verhandlung gab der Angeklagte Ebdirektor Heinrich Woznianski, über sein Verhältnis zu angeklagten Beamten Gütervorsteher Giede und Bretschneider befragt, an: Er war der Assillerte der Bahn und die Bahn guter Geschäftsfreund. Er wurde von den Deputierten als Giede herangezogen. Dieses Verhältnis sah der Angeklagte Giede, der mit einem ungeschulten Beamtenmaterial Schwierigkeiten meistern sollte, zu deren Bekämpfung Woznianski, welche Erfahrungen zu Gebote standen. So wurden sie Freunde. Von Beschlagen mit Beamten könne gar keine Rede sein. Nebenbei lernen Bretschneider und er sich schätzen. — Vorf.: Haben Sie Kenntnis erlangt von einem Beschicht des Eisenbahndirektionspräsidenten worin die von der Betriebsinspektion Ostrows angelegte Umladung der Umladung und Verzollung durch die Eisenbahn je als zurzeit unzulässig abgelehnt wurde? — Angekl.: Woznianski Jawohl. — Vorf.: Durch Bretschneider? — Angekl.: Das glaube ich nicht. — Vorf.: Bretschneider hat es aber zugegeben, was haben Sie derartige Molligen

in hebräischen Schriftzeichen

geschrieben. Sie schreiben doch sonst sehr schön deutsch? — Angekl.: Damit das Personal, das bei unserer häufigen Weisheit die Briefe öffnet, nicht alles erfährt. — Es verliert hierauf der Dolmetscher für hebräische Sprache Rabbi Neuhaus-Ostrows aus einem Briefe Woznianski an sein Bruder eine hebräisch geschriebene Stelle, wonach der Oberregierungsrat Reichs die Uebernahme der Umladung und Verzollung betreibe während Oberregierungsrat Giede eine Uebernahme bestimme. Angekl.: Woznianski: Das ist wegen der Schwachheit eines unserer Angestellten und aus Rücksicht auf die Konkurrenz hebräisch geschrieben. — Staatsanwalt: Diese Briefe waren doch im Geheimversteher, haben denn das Personal den Schlüssel dazu? — Angekl.: Anfangs wohl, da wurde auch immer in unleserlichen herumschickelt. — Vorf.: Angeklagter Bretschneider haben Sie Woznianski Mitteilungen über die innere Verhandlung der Angelegenheit gemacht? — Angekl. Bretschneider: Wir haben nur oberflächlich darüber gesprochen. — Vorf.: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie aber zugegeben, mehr erzählt haben. Sie wollten sich dabei nur nichts Schlechtes gebadet haben. — In einem anderen Briefe der Gütervorsteher Giede man solle nicht alle Hoffnung auf den Gütervorsteher legen. — Vorf.: Was meinen Sie damit? — Angekl. Heinrich Woznianski: Den Vorsteher in Kalkisch. — Vorf.: Was geht Sie der an? — Angekl. Moriz Woznianski, Sie haben ja zugegeben, daß dem Herr Giede gemeint war. — Angekl. Moriz Woznianski: Jawohl. — Vorf.: H. H. Jsaal: Welche Ansicht hatte der Angeklagte Giede in dieser Sache? — Angekl. Giede: Als Beamter war ich feistlich. Aber das wurde durch die Ermöglichung aufgewogen, daß die Bahn mit ihrem Personal die Umladung und Verzollung nicht bezogen kann. Wenn er über eine Frage wegen Erhöhung der Umladeseife erst mit Woznianski Rücksprache genommen habe, so geschah dies, weil Woznianski sachverständiger und hierbei uninteressierter Expedient war. Das sei auch einmal von der Direktion gebilligt worden. „Geheim“ Sachen habe er nicht mit ihm besprochen. — Vorf.: Man darf doch nicht alle Sachen mit Außenstehenden besprechen, die nicht direkt als „geheim“ bezeichnet sind. — Angekl. Giede: Woznianski war geradezu beamtetes Mitglied des Umladengeschäfts.

Der Staatsanwalt fragt dann den Angeklagten Heinrich Woznianski, ob denn auch der Beamte Noa Geschenke von ihm erhalten habe. — Angeklagter: Nein. — Staatsanwalt: Es steht aber fest,

daß Noa Geschenke bekommen hat.

Angeschlagter: Dann hat er sie gegen mein Wissen und Willen bekommen. — Verteidiger: Warum hat denn dann die Staatsanwaltschaft nicht auch den Noa angeklagt? — Staatsanwalt: Das ist meine dienstliche Entscheidung, da hat niemand anderes etwas dagegen zu sagen. — Die Verteidigung beschwert sich dann darüber, daß der als Sachverständiger anwesende Eisenbahnsachverständiger Dr. Mann während der Verhandlung das ihm zur Verfügung stehende, von der Verteidigung nicht zu kontrollierendes Material der Eisenbahndirektion den anderen Sachverständigen jetze und sie dadurch möglicherweise beeinflusse. — Der Vorsitzende erklärt das für unzulässig.

Den Hauptpunkt der Anklage bildet ein Brief des Woznianski, in dem zugegeben wird, daß dem Angeklagten, Gütervorsteher Giede, in einem Jahre 250 Mark und in einem anderen Jahre 200 Mark gegeben worden sind, was ihm aber nicht genug gewesen zu sein scheint. Weiter wird in dem Brief erzählt, daß Bretschneider nach seiner Verlesung als Obersekretär an die Eisenbahndirektion Polen bei einer Rücksprache mit Woznianski gesagt habe, er wisse in der betreffenden Angelegenheit nicht Bescheid, werde sich aber

die Akten unauffällig herausnehmen

und darüber berichten. — Angeklagter Heinrich Woznianski: Bretschneider hat mir nichts anderes mitgeteilt, als was der Beamte Noa im Auftrage seiner Vorgesetzten selbst gesagt hat. — Vorf.: Wie verhält es sich mit der unauffälligen Herausnahme der Akten? — Angeklagter Heinrich Woznianski: Das wird mir Bretschneider sicher nicht gesagt haben. Wenn ich es geschrieben habe, so geschah das wahrscheinlich deshalb, um gegenüber dem Empfänger des Briefes, meinem jüngeren Bruder Moriz, etwas aufzufingeln. Die Gründe dafür möchte ich hier nicht angeben. — Vorf.: Und die Zahlung von 200 Mark und 250 Mark? — Angeklagter G. Woznianski: Jedermann weiß, daß mit den russischen Beamten nur bei einem guten Frühstück eine nützliche Bekanntschaft zu erzielen ist. Dies wird auch von den deutschen Eisenbahnbehörden und Staatsbeamten selbst anerkannt und auch selbst getätigt. Deshalb habe ich Giede in dem einen Jahre 250 Mark, in einem anderen Jahre 200 Mark für diesen Zweck gegeben. — Staatsanwalt: Nun ist es doch aber sehr merkwürdig, daß diese angeblich ganz selbstverständliche Spende, von der der Angeklagte übrigens niemals etwas in der Untersuchung gesagt hat, in einem Briefe vorkommt, in dem von einer Habereife des Angeklagten Giede gesprochen wird. — Angeklagter Heinrich Woznianski: Wir haben dieses Geld eben dann gezahlt, wenn Giede es besonders gebraucht hat, und das war der Fall, als er auf Urlaub ging.

Die weitere Vernehmung der Angeklagten ergab dasselbe Bild. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von etwa 2 Wochen. Wir werden zusammenfassend über die Hauptergebnisse der Beweisaufnahme und über das Urteil berichten.

Gewerkschaftshaus.
 Donnerstag, den 4. Juli:
Frühstück des Unterrichts. Abends Punkt 8 Uhr im Billard-Simmer.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
 Montag, den 8. Juli:
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 1/2 Uhr im Zimmer 7.
Sozialdemokratischer Verein Breslau.
Der nächste Zahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist Montag, den 8. Juli, in den bekannten Lokalen. Es sind die Wahlen der Vertreter für die geschäftsführenden Versammlungen vorzunehmen, weshalb das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist.
Distrikt 7 (Mittelfeld).
 Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß zur Kontrolle die Mitgliedsbücher in diesem Monat von den Bezirksführern eingezogen werden.
Distrikt 8 a (Odetor).
 Da die Abrechnung über das Sommerfest zusammenge stellt werden soll, ersuchen wir um schleunige Abrechnung über die Programme; es muß spätestens bis zum nächsten Zahlabend abgerechnet werden.
Distrikt 10 (Sandbarsch).
 Um allen Mitgliedern des Distrikts Gelegenheit zu geben, an der Wahl der Vertreter teilzunehmen, wird der Zahlabend diesmal ausnahmsweise im früher Casper'schen Lokal, Mathiasstr. 88, abgehalten.
Distrikt 12 (Scheinig).
 Unser Zahlabend wird diesmal in dem Lokale des Herrn Fröhlich, Pfingst, Uferstraße 48, abgehalten. Die Tagesordnung ist außerst wichtig; es sind die Wahlen der Funktionäre und der Vertreter vorzunehmen, auch soll über die Lokalfrage beschloffen werden.
Distrikt 18 (Innere Stadt, östlich).
 Die Tagesordnung unseres diesmaligen Zahlabends lautet: 1. Vertreterwahl. 2. Beschlußfassung über einen Sommer-Ausflug. Alle Distriktsmitglieder werden ersucht, sich Montag pünktlich 8 Uhr abends zum Zahlabend in unserem Lokal, Reherberg 7 einzufinden.
Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land).
Land-Distrikt 1. Bezirke Grüneiche und Zimpel.
 Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hermann-Breslau. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl des Distriktsführers und Bezirksführers. 4. Verschiedenes.
Land-Distrikt 9. (Bezirk Groß-Mochbern.)
 Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, Frauenabend bei Schreyer. Die Genossinnen werden um vollständiges Erscheinen ersucht.
Land-Distrikt 15. (Bezirk: Rothretscham Klein- und Groß-Zschansch.)
 Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr bei Herrn Ulrich in Klein-Zschansch. Außerordentliche Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schöbbs aus Bunzlau. 2. Die Verhältnisse im Distrikt. 3. Verschiedenes.
Land-Distrikt 18. (Bezirk: Rathen und Klein-Gelbau.)
 Sonnabend, 6. Juli, abends Mitgliederversammlung bei Kornitz in Rathen. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl der Distriktsleitung und der Delegierten. 3. Verschiedenes.
Land-Distrikt 19. (Bezirk: Ranth und Umgegend.)
 Sonntag 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung bei Hoffmann in Schönitz. Tagesordnung: Die Verhältnisse in unserem Distrikt, Neuwahl der Bezirksleitung und die nächste Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen ist erforderlich.
Land-Distrikt 23. (Bezirk: Maltsch, Masermüh, Rauffe, Camöse.)
 Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr: Distrikts-Versammlung bei Herrn Käthner in Masermüh. Tagesordnung: Geschäftsbericht über das Jahr 1911/1912, Wahl des Distriktsführers und des Bezirksführers und Abrechnung der Lokalasse.

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend.
 Hauptlager Hubenstraße 74, Fern-lager: Leutenstraße 33, Wärenstraße 28, Berlinerstraße 46, Ottostraße 3, Gräblichenerstraße 48, Wildenbruchstraße 19, Werfelstraße 5, Vorkwetsstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Schein-nigerstraße 16, Deutsch-Lissa, Dyhernfurthstraße 1a, Ströbel, Gerichtskreischam, Kohlenlager in Breslau, Neue Tauentzienstraße 11. Eintrittsgeld 50 Pf.

Paul Rossbund
 Am 1. d. Mts., früh 3 Uhr, entschlief sanft nach schwerem Leiden unser treuer Mitarbeiter, der Packer
Paul Rossbund
 im Alter von 39 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenfabrik A. Deter.
 Beerdigung: Donnerstag, den 4. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des ev.-luth. Friedhofes, Menzelstr., aus.

Konsumverein für Kawitsch u. Umg. C. G. m. b. H.
 Für unsere am 1. August zu eröffnende Bäckerei suchen wir einen
Bachmeister.
 Reflektiert wird auf eine energische und umsichtige Kraft. Kautions muß gestellt werden. Offerten unter Angabe von Gehaltsansprüchen und Referenzen sind bis spätestens 7. Juli d. J. bei dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Alfred Reinwald, Kawitsch, Wilhelmshafen, einzureichen.

Schneider
 auf ganz gute Saccos, Preislage höher als Serie I, erhalten bei hohen Arbeitslöhnen dauernde und lohnende Beschäftigung. Aufnahmen mit Probearbeit.
Machol & Hirsch, Reuschestr. 37/38.

„Lotte Glimmer“ Humoristischer Roman aus dem Berliner Leben.
 Preis nur 15 Pfg.
 Zu beziehen durch die „Volkswacht“-Buchhandlung, C. G. m. b. H., Neue Grapenstraße 5/6.

Schauspielhaus
 Gesamt-Gastspiel des Kölner Deutschen Theaters:
 „Frühlings Erwachen.“
 „Kasernenluft.“
 „Frühlings Erwachen.“
Liebich's Etablissement
 Heute und folgende Tage:
 „Es tut sich was.“
 Grosse Ausstattungs-Rouvo in 3 Akten von
Henry Bender.
 Musik von Arthur Stolcke.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten: Militär-Konzert.
 Freitag, d. 5. Juli: Viert. rauchtrel. Abend.

Viktoria-Theater
 Gastspiel: „Folies Caprice“ (Berlin)
 „Kobi Krach“, „Waffenübung“
 „Das Broadway-Girl“
 Anfang 8 Uhr. Vond gültig.

Zeitgarten
 Dir.: L. Romani. - Tel. 2077.
Erstklassiges Programm
 Unter anderem: 23
Astoria-Quartett
 Bester Damen-Kunst-Gesang.
Sister Wright
 Hochbegabte v. Winiarz, Berlin.
Meybrinck, Humorist.
All Baba, tripolit. Quintett.
 Die raffige, jugend-schöne Sängerin auf vielheit. Wunsch prolongiert u. d. and. Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorzügliche Küche.

Dominikaner
 Jeden Abend im Garten: 192
Die Bade-Engel von Ostende.
Palmengarten.
 Neu! Neu!
Wiener Damen-Streich-Orchester
 „Walzerrausch“.
 Entree frei!

EDENTHEATER
 Breslau, Nikolaistrasse 27
 Grösster und schönster Lichtspielpalast.

Heute neues Programm: Das 6. Gebot!
 Tragödie aus dem Leben in 2 Akten sowie 100
Stolze Herzen!
 Drama in 3 Akten und
 das reichh. Tagesprogramm
 Täglich von 4-11 Uhr ununterbrochen Vorstellung
 Nachmittags von 4-7 Uhr: Familien-Vorstellung.
 Jeder Erwachsene ein Kind frei!

Gegen Teilzahlung bequeme Abzahlung Möbel auch einzelne Stücke Spiegel, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe
L. Rosner, Gräblichenerstr. 69, hochpar.

Ueberzieher.
Anzüge
Anzahlung Nebensache!
Möbel einzelne Stücke, ganze Einrichtungen.
Bequemste Abzahlung.
Max Biermann, 52 Ring 52, I. Etage neben der Stadtgasse.
 Kataloge gratis.
 Lieferung nach auswärts franco.

Wie das Gewürz zur Suppe, so gehört **Aecht Franck*** zum Kaffee!
 * Mit der Kaffeemühle als Schutzmarke.

Saison-Verkauf
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen bis einschliesslich 7986
Sonnabend, den 6. Juli.
10% Rabatt auf alle regulären, nicht im Preise ermässigten Waren während des Saison-Verkaufs.
J. Glücksmann & Co.
 Ohlauerstrasse 71/73.
 Gegründet 1854.

Wohnung
 Eleganz, Pelzenstraße 8.
 2 große Zimmer, Küche, Entree, Koch- und Badzimm., 1. Oktober z. vermieten.

Konfektions-Näherinnen.
 Täglich auf bessere Mädchen u. Mädchen-Valerots, können sich melden bei Müller, Leutenstr. 20. Sonnabend Lohn. [63]

Goldwaren Alter
 Kupferschmiedestr. 17, Ecke Schmiedebrücke

Schönheit Preiswert zu haben
 sind Haut, Platten aus der neuen Serie „Es tut sich was“ 7882
Julius Davidsohn, Gräblichenerstraße Nr. 33/37.
 Dieser Preis wird mit 5% in Rabl. annehm.

Stadensperd-Sittenmich-Gesse
 50 Pf., feiner macht der Tabu-Cream
 rote und silberne Haut in einer Nacht weich und samtweich. Tube 50 Pf. bei:
 R. G. Schwartz, Ohlauerstr. 4
 Rudolf Bollhorn, Seifenfabrik
 H. Galland, Bobruenerstr. 35-42
 Frz. Grösel, Leutenstr. 60
 Fr. Güntzel, Hut- u. 58
 F. Jaekel, Schmeidebrücke 30
 R. Kerschner, Neumarkt
 Max Loll, Gräblichenerstr. 85
 Friedr. May, Altenstr. 49 und Filiale Altenstr. 30
 Erwin Mayer, Gartenstr. 75
 W. Helleki, Gräblichenerstr. 117
 P. Rathmann, Mehlstr. 11
 Oscar Reymann, Neumarkt 18 und Filiale Albrechtstr. 47
 M. Schütze Nehl., Klosterstr. 97
 A. Schustan, D. Schwedingerstr. 50
 O. Sporleder, Tauentzienstr. 50
 Storch-Apotheke, Wellsestr. 12.

Soeben erschienen:
 : Kirchensteuer :
 : u. Kirchnaustritt :
 : in Preußen :
 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.
 Christentum u. Sozialismus von A. Bebel
 10 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Excelsior- und Herkules-Fahrräder
 im Gebrauch unverwundlich, liefert auch auf Teilzahlung
Carl Borst Postenstr. 93
 Mäntel, Schlauche, Laternen und Ersatzteile billig.
 Eigene Reparatur-Werkstatt. [4630]

Mit Rucksack u. Wanderstab
 von Jürgen Brand.
 Eine Anleitung beim Wandern, sowie Spiele im Freien.
 Preis 20 Pfg.
 Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlung G. m. b. H.

„Der wahre Jakob“
 Sozialdemokratisches Witzblatt.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Juli.

Eine Agitation für die „Volkswacht“

wird Sonntag, den 7. Juli, vom Lokal zur „Sindensblüte“, Königgräberstraße 12, aus veranstaltet. Wir bitten alle Parteigenossen, denen die Verbreitung unserer Presse und damit die Ausbreitung unserer Ideen am Herzen liegt, um regste Mitarbeit. Ganz besonders aber erfordern wir die Mitglieder des Distrikts 14, für einen guten Erfolg durch zahlreiches und pünktliches Erscheinen zu sorgen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Wie eine Woche früher, so scheiterte auch gestern der rasche Fortgang der Arbeiten an einer Einzelfrage, die trotz ihrer einhelligen Erledigung in den Vorinstanzen, von einem Stadtverordneten zum Gegenstand größerer Debatten gemacht wurde. Es handelte sich dabei um den Bau einer neuen Wagenhalle für die städtische elektrische Bahn, die für den Osten der Grünsche angelegt werden soll. Gen. Schütz vertrat die Magistratsvorlage, zugleich im Namen des Bauausschusses, und verteidigte sie gegen die abweichenden Anträge Finger und Zeron, die den Bahnhof um Leerbeutels willen an die Schwoltscher Chaussee gelegt haben wollten. Nach einer ganzen Anzahl Reden ergrieffen das Wort, bis schließlich die Anlegung in Grünsche mit großer Mehrheit genehmigt wurde. — Debatteles fand die erhebliche Vergrößerung des Armenhauses in Herrnprotsch die Zustimmung der Versammlung. Es sind fast anderthalb Millionen Mark, die dafür aufgewendet werden.

Original war das Verhalten der Rechten bei der Vorlage des Magistrats, für die Scheitniger Vorstadt, an der Ecke der Tiergarten- und Marienstraße, ein Brausebad zu errichten. Sechs bis acht Jahre haben die Sozialdemokraten, zuerst unter dem Hohn der Rechten, dieses Brausebad gefordert. Sie haben sich von einem noch heute der Versammlung angehörenden Mitgliede der Rechten bei der Beratung der Schlußbäder sagen lassen müssen: „Wir sollen wohl den Arbeitern noch die dreidigen Kinder waschen?“, und ähnliche Ausgeburten. Das Bild hat sich mit den Jahren etwas geändert und da im nächsten Herbst Herr Cardocus im Ohlauer Tor zur Neuwahl steht, trat er mutig auf und forderte für seinen Stadtteil ein Brausebad, erschrak aber nicht wenig, als er das Bravo! der 10 Sozialdemokraten erhielt und einen Augenblick nicht genau wußte, ob er etwa etwas Umläuterliches ausgesprochen hatte. Genosse Brosig ging einen Schritt weiter und forderte auch Wannenbäder in den städtischen Anstalten. Beiden Anregungen sagte der Oberbürgermeister wohlwollende Berücksichtigung zu.

Das bürgermeisterliche Automobil ging auf Antrag der Konservativen in die Ausschüsse.

Es war noch ziemlich früh, als die geheime Sitzung zur Beratung der Theaterfrage begann, die damit endete, daß mit 38 gegen 28 Stimmen dem Magistrat ein Kredit von 160.000 Mark gewährt wurde, um damit unsere Theaterverhältnisse nach bestem Wissen zu sanieren, falls der Pachtvertrag mit Direktor Loeve am 15. Mai 1913 seine Beendigung findet. Ein Antrag Wujasowsky, den Vertrag sofort zu lösen, war vorher abgelehnt worden.

Die „Breslauer Zeitung“ meint zu dem Beschluß: „Die Stadtverordneten scheinen der Ansicht zu sein, daß durch ihren Beschluß die Sanierung unserer Theaterverhältnisse möglich oder auch nur ernsthaft gefördert ist.“ Die „Breslauer Zeitung“ hätte auch sagen können: Unsere sämtlichen freikundigen Führer, Heitberg, Felge, Hantke, Wochlauer, scheinen der Ansicht zu sein, daß usw. Denn von ihnen hat sich keiner die alleinentscheidende Haltung der „Breslauer Zeitung“ angeeignet.

Der angenommene Antrag Wochlauer lautet wörtlich:

„Magistrat wird ermächtigt, für den Fall, daß Theaterdirektor Dr. Loeve am 15. Mai 1913 von seinem Vertrage mit der Stadtgemeinde zurücktritt, zur Sanierung und Neuordnung der Theaterverhältnisse einen Betrag von höchstens 180.000 Mark auszuwenden und Magistrat wird eruchtet, sobald als möglich der Stadtverordnetenversammlung eine neue Theatervorlage zu unterbreiten.“

Die „Schles. Volksztg.“ ist mit dem Ausgang anscheinend zufrieden, sie sagt: „Mit der Annahme des Antrages Wochlauer ist wenigstens das drohende Gespenst eines Theaterkrachens beseitigt und der normale Verlauf der Spielzeit 1912/13 garantiert. Das bedeutet also eine vorläufige und keine endgültige Lösung der Theaterfrage. Die städtischen Körperschaften sind aber durch die jetzige Erledigung der Frage in die Lage gesetzt, ruhig und ohne Ueberstürzung an die definitive Lösung dieser Angelegenheit heranzutreten.“ Wenn die „Volksztg.“ recht hat, so ist das aber gegen die Stimmen aller ihrer Parteifreunde erreicht worden.

Mit anderen Worten ist leider auch die Vorlage betreffend Subventionierung des Stellennachweises für Gastwirtschaften geblieben, hoffentlich sorgt der Magistrat dafür, daß er trotzdem am 1. Oktober in Kraft treten kann. Ein Widerspruch ist ja nicht mehr vorhanden.

Der Vorsteher entließ die Stadtväter mit den besten Wünschen für ihre Ferienreisen.

Bau einer Wagenhalle.

Ein neuer Bahnhof für die Straßenbahn soll in Grünsche angelegt werden. Stadtv. Schütz (Soz.) als Referent empfiehlt namens des Ausschusses die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Finger (kons.): Daß wir einen neuen Straßenbahnhof brauchen, ist nicht zweifelhaft; aber daß er nach Grünsche gelegt werden soll, halte ich als verfehlt, da nicht so viel Linien nach Scheinzig gehen und sich ein solcher Bahnhof lohnte. Das, was wir für die Anlegung des Bahnhofs Grünsche bekommen, das ist ein Butterbrot, während er uns sonst große Kosten verursacht. Dagegen wäre es besser, den Bahnhof nach Schwoltsch zu legen. Dann sehe ich es nicht als richtig an, die Straßenbahn im nächsten Jahre wegen der Jahrhundertfeier bis vor den Haupteingang der Festhalle zu verlängern; es ist der schnellen Abwicklung des Verkehrs dienlicher, die Straßenbahn wie bisher am Zoologischen Garten halten zu lassen.

Stadtv. Zeron (ker.): Ich stimme dem Vorredner darin nicht bei, daß die Straßenbahn nicht bis zur Festhalle verlängert werden soll, bin jedoch mit ihm einer Meinung, soweit er verlangt, den Straßenbahnhof an der Schwoltscher Chaussee hinter Leerbeutels zu errichten.

Stadtv. Tobler: Die Bedenken der beiden Vorredner sind auch im Ausschusse vorgebracht worden; er hat sich aber in seiner Mehrheit mit dem Magistrat einverstanden erklärt. Ich bitte Sie, auch zuzustimmen, zumal der Bahnhof bringend schon im Herbst gebraucht wird. Daß wir uns nicht für die Schwoltscher Chaussee entschieden haben, liegt daran, daß wir dort ein größeres zusammenhängendes Stück Land haben, über dessen Verwertung noch keine Beschlüsse vorliegen. Nehmen wir nun jetzt ein Stück dieses Landes für den Bahnhof weg, so könnte es vielleicht dahin kommen, daß wir das später bereuen.

Stadtv. Wochlauer (lib.): Die Entwidlung von Grünsche ist für die Anlegung des Bahnhofs in dieser Gegend. Daß wir im übrigen einmal zu einer Straßenbahnlinie nach Leerbeutels kommen, halte ich für notwendig. Es ist jetzt aber die höchste Zeit, daß wir den Bahnhof in Grünsche bauen.

Stadtv. Müller (lib.): Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an. Die Verbindung nach Schwoltsch würde große Nachteile mit sich bringen; sie ist einen Kilometer länger als die nach Grünsche.

Stadtv. Finger (kons.): Ich bin noch wie vor der Meinung, daß der Bahnhof in Schwoltsch untergebracht werden soll. Es ist doch nicht daran zu denken, daß die Gegend um Leerbeutels und Schwoltsch ganz zu Parks umgewandelt werden soll. Ein Glas Wein ist ganz gut, aber ein ganzes Faß ist zu viel. (Gelächter).

Oberbürgermeister Wender: Es ist gesagt worden, daß wir doch nicht die ganze Gegend um Leerbeutels in einen Park verwandeln können. Bewiß, das können wir; die Stadt Breslau ist keineswegs zu arm dazu. Sie braucht einen viel größeren Park, denn der heutige Schelmiger Park ist längst zu klein. Gerade dieser Grund war mitbestimmend dafür, daß wir Ihnen vorzuschlagen, den Bahnhof nicht an der Schwoltscher Chaussee, sondern in Grünsche zu errichten. Gerade die Herren in Leerbeutels sollten wünschen, daß wir dort den Bahnhof nicht bauen; er ist in Grünsche sehr gut untergebracht.

Stadtv. Heinke (lib.) bittet, der Magistratsvorlage zuzustimmen, die im Ausschusse mit allen gegen eine Stimme angenommen worden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Der Vorsitzende Schütz (Soz.) empfiehlt nochmals die Magistratsvorlage anzunehmen, was auch schließlich der Antrag des Stadtv. Finger (kons.) den Bahnhof an der Schwoltscher Chaussee zu erbauen, wird abgelehnt.

Bau eines Brausebades.

Die Errichtung eines Brausebades an der Ecke Tiergarten- und Marienstraße ist vom Magistrat beauftragt worden. Das Gebäude soll außerdem eine Zigarren- und Kaffeehalle, ein Mütterheim und eine Nähtische aufnehmen. Stadtv. Müller (lib.) empfiehlt namens des Ausschusses der Vorlage im Prinzip zuzustimmen. Die Entscheidung über die Kostenfrage jedoch erst zu treffen, wenn ein genauer Beschlag vorliegt.

Stadtv. Cardocus (kons.) trat bei der Gelegenheit an, auch in der Ohlauer Vorstadt ein Brausebad zu errichten.

Stadtv. Brosig (Soz.) stimmt diesem Vorhinein zu und regt ferner an, in Verbindung mit den Brausebädern auch Wannenbäder einzurichten.

Oberbürgermeister Wender: Das Bedürfnis für ein Brausebad in der Ohlauer Vorstadt wird auch von uns anerkannt, aber in diesem Jahre läßt sich nichts mehr tun; wir können erst im nächsten Jahre den Wunsch erfüllen. Die Anregung des Herrn Brosig soll wohlwollend berücksichtigt werden. Bis jetzt hat das Kassenbuch im Hinblick die Aufgabe der Wannenbäder erfüllt.

Für die Erweiterung der Kleinanstalt in Herrnprotsch wurden 1461 5/10 Mark bewilligt.

Der Antrag, dem Vertreter der Stadt im Herrenhaus Reisekosten und Tagegelder zu bewilligen und für den Oberbürgermeister ein Auto anzuschaffen, wanderte in den Ausschuss.

Die Einführung der elektrischen Beleuchtung im Armenhaus wurde beschlossen. Stadtv. Zimmer (Soz.) als Referent bedauerte dabei, daß die Stadt mit der Verbesserung der Beleuchtung so lange gewartet hat, bis diese von der Regierung verlangt wurde.

Oberbürgermeister Dr. Wender befreit, daß die Beleuchtung erst infolge einer Aufforderung der Regierung verbessert werde. (Später wurde attennmäßig festgestellt, daß Genosse Zimmer mit seiner Behauptung im Recht war.)

Der Schaffung einer Gesanglehrerstelle für die Augustaschule stimmte die Versammlung zu.

Die Zahlung der vertragmäßigen Entschädigung für das gehende Werk der Vordermühle an die bisherige Pächterin mit 47 000 Mk. wurde genehmigt.

Der Zahlung der Entschädigung für Straßenland in der Kirchallee zwischen Kaiser-Wilhelmstraße und Wasserturn mit 22 200 Mk. wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Gesundheitspflege und Hauswirtschaft.

„Alkohol und Jugendpflege“ bildet den Hauptgegenstand auf der 29. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke am 14. Juni in Deutzen (Oberschlesien). Gehelmer Medizinrat Universitätsprofessor Dr. Pfeiffer, Breslau, hielt den ersten Vortrag darüber. Seine Zeitgedanken lassen sich in folgendem zusammenfassen: Der Alkoholismus ist eine der bösartigsten Ursachen der Entartung auf körperlichem und geistigem Gebiete; er ist doppelt verderblich für den ganzen Organismus jugendlicher Individuen. Die Wege, auf welchen der Alkohol den kindlichen Organismus zu schädigen vermag, sind mannigfaltiger Natur. An erster Stelle anzuschuldigen sind die Schädigungen der Keimzellen durch Alkoholismus der Eltern, welche der neuen Generation von vornherein den Stempel der Minderwertigkeit aufdrücken. Schon der alte Kaufmannstand kann, wenn er mit dem Moment der Erzeugung zusammenfällt, bei sonst gesunden Eltern geistige und körperliche Minderwertigkeit der Nachkommen hervorrufen. Noch sehr viel bedenklicher nach dieser Richtung ist der chronische Alkoholismus der Eltern. 2. Im gleichen Sinne ungünstig auf die Lebensfähigkeit und die Entwicklung der Kinder wirkt die Ernährung der Brustbrüsten bei Müttern, die ihrerseits von trunksüchtigen Eltern abstammen. Die meist ungünstige soziale Lage der Arbeiterfamilien der unteren Stände, sowie schlechte Wohnung, ungenügende Ernährung und unzureichendes Licht, die unter den genannten Bedingungen bei den unglücklichen Kindern alkoholischer Eltern beobachtet werden, sind Epilepsie, Chorea (Weitzanz), Neurasthenie, Idiottismus und moral insanity (stiller Schwachsinn) zu nennen. Sehr häufig ist auch eine direkte Vererbung der Anlage zur Trunksucht festzustellen. 4. Der Alkohol ist für den kindlichen Organismus auch in den kleinsten Mengen ein höchst bedenkliches Gift und ist daher aus der kindlichen Ernährung unter allen Umständen zu verbannen. 5. Selbst kleine Alkoholgaben beeinträchtigen die Schulleistungen der schulpflichtigen Kinder in auffällender Weise. 6. Auch über das eigentliche Kindesalter hinaus bis zur Erlangung der körperlichen Reife ist der Alkoholgenuß als sehr gefährlich anzusehen, und es ist mit allen Kräften danach zu streben, jugendliche Personen alkoholfrei zu erhalten. Besonders bedenklich ist das Eintragen des Alkoholismus durch Nachfahren studienförmiger Institute unter die Schüler von Gymnasien und anderen Lehranstal-

ten, sowie unter diejenigen jugendlichen Arbeiter, welche nach Ablauf ihrer Schulzeit bis jetzt, oft ausichtslos, sich selbst überlassen sind. 7. Zur Bekämpfung der hier dargelegten schweren Mißstände erscheinen folgende Mittel als empfehlenswert: Aufklärung der Eltern über die Gefahren, welche durch den Alkoholismus nicht für sie allein, sondern auch für ihre Kinder entstehen. Zur Mitwirkung sind Lehrer, Geistliche und Ärzte berufen, welche durch das Beispiel eigener Mäßigkeit oder besser noch voller Abstinenz besonders überzeugend wirken. Die jugendlichen Arbeiter sind von den Wirtschaften fernzuhalten durch Besserung der Wohnungsverhältnisse, besonders des sehr im argen liegenden Schlafstellenwesens, durch Beschaffung alkoholfreier Erholungsstätten, in denen sie mit ihresgleichen zusammenzutreffen können, und durch Belehrung und Beispiel seitens der Arbeitgeber. (?) Besonders wichtig ist auch der Bekämpfung der Trunksüchten auf höheren Schulen und im akademischen Leben zuzuwenden. Besonders wichtig im Kampfe gegen den Alkoholismus in der Jugendpflege ist die Förderung körperlicher Übungen, wie sie gewöhnlich unter dem Begriff des Sports zusammengefaßt werden.

Aus aller Welt.

Die Zyllontakatastrophe in Kanada.

Der Wirbelsturm in Regina, über den schon kurz berichtet wurde, hat schlimmere Folgen gehabt, als ursprünglich angenommen wurde. Die Zahl der Toten wird auf 1000 geschätzt. Die Ufer und das Wasser des der Stadt benachbarten Wascana-Sees sind mit den Leichen unglücklicher Ruherer bedeckt. Das Fernsprekamt der Stadt Regina ist eingestürzt und begrub 75 Telephonbeamten unter seinen Trümmern. Von ihnen blieben 25 ihr Leben ein, alle anderen wurden schwer verletzt. Die Krankenhäuser können nicht alle Verwundeten aufnehmen, weil Hunderte von Verletzten aus der Umgegend in die Stadt strömen. Sechshundert Familien sind obdachlos. Der Schaden wird auf zehn Millionen Dollars geschätzt. Regina ist die Hauptstadt der weitestreichenden Provinz Saskatchewan und hat 30.000 Einwohner.

Dem W. L. wird noch weiter gemeldet: Durch den großen Zyklon in Regina und der Provinz Saskatchewan wurden einige hundert Personen getötet und noch mehr verletzt. Es sollen noch zahlreiche Bewohner unter den Trümmern liegen. Der Schaden wird auf zwei Millionen

pfund Sterling geschätzt. Das Haus des Gouverneurs der Provinz, Walter Scott, wurde schwer beschädigt. Dem Gouverneur selbst gelang es, unverletzt zu entkommen. Die erste Warnung vor der Katastrophe kam von einigen Telephonbeamten, die in eine Zeitungskorrespondenz geflüchtet kamen und erzählten, das Fernsprekamt sei eingestürzt und unter den Trümmern seien einige Beamten begraben.

Von anderer Seite geht nun noch aus Ottawa folgendes Telegramm über die Einzelheiten der Katastrophe ein: Es war 4 Uhr nachmittags, als große schwarze Wolken am Himmel heraufzogen. Die Stadt selbst trug ein festliches Kleid, denn man feierte gerade den Dominikustag. Um 6 Uhr setzte der Sturm ein, und der Zyklon suchte zuerst die Familienströme und dann die Albestreet, das Viertel der Banken und Geschäftshäuser, heim. Das Parlamentsgebäude, das südlich vom Wascana-See liegt, wurde fast vollständig vernichtet. Zahlreiche Personen, die sich auf dem See befanden, ertranken. Kleine Boote, die sich auf dem See bewegten, wurden vom Sturme fortgetragen und in einer Entfernung von einer Meile vom See auf dem Viktoriapark wiedergefunden. Der Zyklon wandte sich dann nach Norden und zerstörte das Viertel der Reichen, die 13., 14., 15. und 16. Avenue. Die Verwaltungsgebäude und die großen Kirchen dieser Gegend wurden fast sämtlich vernichtet und die Schienenstränge der Canada-Pacific-Eisenbahn aufgerissen. Zwölf große Getreidebehalter stürzten ein, und die auf die Bahngleise gefallenen Trümmer hemmten den Verkehr vollständig. Die Kirchen der Methodisten, Baptisten und Presbyterianer wurden vollständig zerstört. Das Brüllen des Sturmes überdünnte das Geräusch der einfallenden Gebäude. Das Haus des Vereins christlicher junger Männer und die neue Stadtbibliothek wurden gleichfalls nur noch Trümmerhaufen. Einige Kleiner Gebäude wurden vom Sturm vollständig weggetragen und die Trümmer in großer Entfernung wiedergefunden. Auch vom Klubhaus der Freimaurer ist nichts mehr zu sehen. Die ersten Rettungsarbeiten wurden von der vereinten Polizei, deren Kasernen sich zwölf Meilen westlich von der Stadt befinden, unternommen. Die Zahl der Opfer dürfte auf über 1000 Personen zu schätzen sein. Die Canada-Pacific-Eisenbahn hat den Verkehr eingestellt. Eine große Anzahl von Holzhäusern, die längs der Straßen standen, ist vom Wind einfach weggeblasen worden. In vielen Stellen brach Feuer aus. Die Hilfsmannschaften sind damit beschäftigt, die Brände zu löschen und die Trümmer wegzuräumen. Die Stadt selbst bietet ein fürchterliches Bild der Verwüstung. Die Leichen

Zum Eisenbahnunglück

bei Breslau erfahren wir, daß am Dienstag Nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr eine Gerichtskommission aus Breslau in Schmiebesfeld erschienen war, die dort unterzeichneten 5 Leichen beschaltete und daraufhin ihre Verordnungen festsetzte. Es ist den Angehörigen freigestellt worden, die Leichen selbst von Schmiebesfeld abzuholen; andernfalls wird die Eisenbahn-Verwaltung die Leichen mit dem Wagnwagen, in dem sie dort untergebracht sind, nach dem hiesigen Hauptbahnhof schaffen. Die Angehörigen können dann frei über die Leichen verfügen. Es ist verständlich, müssen erst Särge nach Schmiebesfeld geschafft werden, damit die Leichen dort einsegnet werden können. Eine Leiche ist im Laufe des heutigen Nachmittags bereits mit als Privatbestattung nach vorheriger Einsegnung von Schmiebesfeld abgeholt und nach dem Döwitzer Friedhof geschafft worden. Die Särge dürfen von den Angehörigen nach ihrer Wahl beschafft werden; für die Kosten muß selbstverständlich, soweit sie die üblichen Grenzen nicht überschreiten, die Bahnverwaltung aufkommen, wie ja überhaupt diese Verwaltung allen Schwebenen zu tragen müssen, da die Schuld einer dritten Person hier ausgeschlossen ist.

Der Südbahnwärter Stank besand sich auch im Laufe des Dienstags auf freiem Fuße.

Verhütung von Eisenbahnunfällen.

Auf Antrag der Königlich Eisenbahndirektion Breslau erläßt der Landrat des Kreises Breslau folgende Bekanntmachung:

Die durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf unbesetzten Weichenübergängen der Nebenbahnen und Kleinbahnen herbeigeführten Unfälle haben sich in letzter Zeit in auffälliger Weise vermehrt. Den Unfällen liegt in der Mehrzahl ein Verschulden der Fuhrwerkführer zugrunde, insbesondere Nichtbeachtung der Verkehrsregeln, Versehen der Fuhrwerkführer nach vor dem Zuge über die Weichen hinwegzukommen, ungenügende Aufsicht über die fuhrwerkführenden Fuhrwerke, die unruhigen Zugtiere zurückhalten usw., auch sind durch schlafende oder betrunkene Fuhrwerkführer derartige Unfälle verschuldet worden.

Ich nehme daher Veranlassung den Fuhrwerkbesitzern und Fuhrwerkführern die größte Vorsicht beim Passieren von Weichenübergängen zur Pflicht zu machen und sie darauf hinzuweisen, daß sie bei unachtsamem Passieren der Weichen sowohl ihr eigenes Leben gefährden, als auch sich einer erheblichen Bestrafung auf Grund des § 316 Strafgesetzbuches aussetzen.

Die Polizeibehörden ersuche ich gegen Fälle dieser Art nachdrücklich einzuschreiten und die erfolgte Bestrafung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Hierbei nehme ich auch auf die §§ 11 und 12 der Polizeiverordnung vom 7. Juli 1892 — Amtsbl. Stück 31 — Bezug.

Die Orts- und Gemeinde-Vorstände haben diese Bekanntmachung zur Kenntnis aller Ortsinsassen besonders aber aller Wagenführer zu bringen.

Gegen diese Bekanntmachung haben wir durchaus nichts einzuwenden; es ist zweifellos dringend nötig, die Fuhrwerkbesitzer und die Aufsicht zur Pflicht zu ermahnen. Aber das allein kann nicht genügen. Es ist bewiesen worden, daß die Weichenübergänge oft viel zu wünschen übrig lassen und nicht selten sogar die unbedingt nötigen Schranken überhaupt fehlen. Dann aber wird auch von Sachleuten mit Recht gefordert, alle gefährlichen Weichenübergänge sind zu überbrücken und mit Unterführungen zu versehen. Gerade das furchtbare Eisenbahnunglück bei Breslau sollte zu einer gründlichen Untersuchung aller Umstände drängen, um für die Zukunft vor ähnlichen Schreckensnächten gesichert zu sein. Weist dagegen alles beim Alten und bestraft man nur den armen Schrankenwärter, so kann sich alle Tage daselbe Unglück wiederholen. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, die solche Katastrophen unmöglich machen. Es ist nicht der erste Unfall, der sich an dem Weichenübergang der Berliner Chaussee ereignet; die blutigen Opfer des ersten Julitages fordern deshalb gebieterisch, daß keine Mittel gespart werden, um hier recht bald wirklich bessere Zustände zu schaffen.

Die Aussichten am Arbeitsmarkt.

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: Die Bewegung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt sieht in diesem Jahre in einem auffallenden Gegensatz zur Entwicklung des gewerblichen Beschäftigungsgrades. Während der steigenden Konjunktur entsprechend die Zahl der Beschäftigten von Monat zu Monat kräftig zugenommen hat, zeigt sich am Arbeitsmarkt ein

besonders hohes Ueberangebot von Arbeitskräften. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß zahlreiche jüngere Mitglieder kleinbäuerlicher Familien durch die herrschende Teuerung genötigt wurden, in fremde Dienste zu treten. Auch die starke Zuwanderung nichtdeutscher Arbeiter hat wesentlich zur Erhöhung des Angebots am einheimischen Arbeitsmarkt beigetragen, umso mehr, als ja die überseesische Auswanderung stark nachgelassen hat. Nach den Erfahrungen früherer Jahre ist damit zu rechnen, daß der gewerbliche Beschäftigungsgrad im Monat Juli etwas nachläßt. Bis zu einem gewissen Grade wird diese Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie durch den starken Arbeiterbedarf der Landwirtschaft ausgeglichen.

Da die Aussichten für die diesjährige Ernte anscheinend recht günstig sind, kann man wohl damit rechnen, daß bei Beginn der Ernte ein erheblicher Teil des Ueberangebots am städtischen Arbeitsmarkt nach dem platten Lande abgelenkt wird. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß auch die Landwirtschaft im Hinblick auf die herrschende Teuerung versuchen wird, mit möglichst wenig Hilfskräften die Erntearbeiten zu erledigen. Zu ersten Bedenken gibt noch immer die flauere Lage des Bau- und Gewerbes Anlaß. Schon zeigen sich die Rückwirkungen der schlechten Konjunktur auf den Geschäftsgang im Holzgewerbe und anderen Gewerbebezirken, die von dem Verlauf der Bautätigkeit stärker berührt werden. Am Arbeitsmarkt der Kellner, der Köchinnen, Dienstmädchen und des sonstigen Hauspersonals tritt mit Beginn der Reise- und Kurzeit in den größeren Städten ein verstärktes Angebot von Arbeitskräften hervor, das aber durch die erhöhte Nachfrage in den Wäldern und Kurorten nach dort abgelenkt wird. Im allgemeinen wird das Bild des Arbeitsmarktes im Juli 1912 etwas ungünstiger als im Juni und voraussichtlich auch weniger gut als im vorjährigen Juli sein. Für die Monate August und September ist jedoch mit einer Besserung der Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes zu rechnen, da die Herbstnachfrage schon im August einsetzt.

Zur Verschmelzung der Krankenkassen

wird uns von beteiligter Seite geschrieben:

In einer am Montag von der Aufsichtsbehörde einberufenen Versammlung aller Ortskrankenkassenvorsitzenden Breslaus, war die immerhin statistische Anzahl von 52 Vorsitzenden erschienen. Herr Kassensekretär Scholz, der die Versammlung leitete, erklärte in seinen Ausführungen, was die Veranlassung zu dieser Versammlung der Vorsitzenden der Ortskrankenkassen gewesen sei. Es sollte festgestellt werden, wie sich zunächst die Herren Vorsitzenden die Verschmelzung der Breslauer Krankenkassen denken. Er meinte ferner, daß es nicht praktisch wäre, eine einzelne Krankenkasse zu bilden; es sei vielmehr richtiger, wie in Berlin 3, 4 oder 5 Ortskrankenkassen zu gründen. Die Aufsichtsbehörde sei natürlich gern bereit, jede Zentralisierung zu unterstützen, nur würde bei alledem die freie Arztwahl viel zu sagen haben.

Wenige Redner sprachen sich für unbedingte Zentralisierung aus. Die Meinung der meisten Vertreter war anscheinend schon die des Verhandlungsführers, der da sagte, daß eine größere Verschmelzung die freie Arztwahl mit sich bringe, welche die Kassen in jedem Fall so belaste, daß das kleinere Uebel immer noch ein weiteres Bestehen von mehreren Kassen sei. Nach den aufzuerhebenden Worten des einen Vorsitzenden, daß auch alle Kassen, die irgendwelche Bedenken hätten, sich äußern möchten, taun dies auch einige, und aus ihren Ausführungen ging hervor, daß bis auf wenige ganz kleine Kassen alle die Zulassungsanträge gestellt haben. Selbst Kassen mit 250 Mitgliedern erklärten, daß sie noch einige Mitglieder zu gewinnen versuchen, um nur ihre Selbstständigkeit zu wahren. Eine andere kleine Kasse wollte sich sogar mit einer kleineren gut gestellten zusammenschließen, um dadurch das Bestehen weiter möglich zu machen.

Die ganze Verhandlung ergab also, daß leider unser Breslau noch lange nicht reif für den großen Gedanken der Zentralisierung ist. Als Ausrede wurde immer wieder die freie Arztwahl hingestellt, obwohl jeder sich sagen mußte, daß hier mehr persönliche Dinge mitsprechen. Daß auch eine Verschmelzung mit

der Schmelzklasse nicht möglich sei, erwähnte der Vorsitzende. Viele führten aus, daß sich die Kassen der Schmelzklasse nicht anschließen wollten.

Auch die Zurechtsetzung, dem 1. Ortskrankenkassenverband angehörig, ließen durch ihren Vorsitzenden erklären, daß sie nicht für eine Verschmelzung wären.

In der Abstimmung waren drei Fragen an die Vorsitzenden gerichtet:

1. „Sind Sie für eine allgemeine einzige Ortskrankenkasse in Breslau?“
2. „Sind Sie für einen Zusammenschluß Ihrer Kasse mit Kassen des 1. oder 2. Ortskrankenkassenverbandes usw.“
3. „Wollen Sie das erforderliche Material zur Ausarbeitung der Statuten ausliefern?“

Die Fragen wurden von den anwesenden Kassen dahin beantwortet, daß nur 15 Bedingt für eine allgemeine einzige Ortskrankenkasse sind, wenn eine solche auch wirklich zustande kommt, andernfalls sie zum Teil für die Verschmelzung innerhalb ihrer Verbände (des 1. oder 2. Ortskrankenkassenverbandes) zu haben seien. Der Vertreter der kaufmännischen Kasse meinte, aus seinem Rundschreiben, wonach die kaufmännische Kasse gewillt sei, Kassen aufzunehmen, hätte sich ergeben, daß die Kassen oder deren Vertreter, die dies mit großen Worten wünschten, vollständig versagt hätten. Daraus sei zu erkennen, daß es ihnen garnicht ernstlich um eine solche Verschmelzung mit der kaufmännischen Kasse zu tun sei.

So ist also die Verschmelzung der Breslauer Kassen vorläufig als gescheitert anzusehen, und nach dem Abstimmungsergebnis ist auch zu erwarten, daß es weder innerhalb des 1. noch des 2. Ortskrankenkassenverbandes zu einer wirklichen Verschmelzung der Kassen kommt. So bedauerlich dies erscheint, möchten wir doch nicht die Hoffnung aufgeben, daß nunmehr die Vertreter einen entscheidendes Wort sprechen werden.

Landwehrinspektion Breslau. Am 1. Oktober d. J. wird, wie die „Schles. Ztg.“ meldet, beim VI. Armeekorps eine Landwehrinspektion mit dem Standort Breslau errichtet, welche der 12. Division unterstellt wird. Diese Landwehrinspektion übernimmt für ihren Bezirk in sämtlichen Erkrankungsangelegenheiten und in den Angelegenheiten der Personen des Verurlaubenstandes und der Bezirkskommandos die Dienstobliegenheiten einer Infanterie-Brigade.

Aus dem Landkreis.

Achtung, Parteigenossen und Gewerkschafter! Die Ausflüge usw. sollen die Genossen stets und immer daran denken, die Lokale zu berücksichtigen, welche den Arbeitern auch zu Versammlungen zur Verfügung stehen. In den beliebten Ausflugsorten Schillerwäldchen, Arnolds-Wäldchen, Goldschmieden und Hermannsdorf steht uns kein Lokal vertragsmäßig frei. Dagegen sind in den ebenfalls schön gelegenen Orten Rathen, Marschwitz, Stabelwitz, Herrnpörsch sämtliche Lokale frei. Bedauerlicherweise verkehren nicht nur einzelne Arbeiter, sondern sogar ganze Vereine in Lokalen, die uns nicht zur Verfügung stehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Genossen werden also ersucht, Solidarität zu üben und die freien Gastwirte in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Achtung, Distriktsführer! Freitag, den 6. Juli, abends 7 Uhr findet im Sekretariat die Vorstandssitzung statt, besondere Einladungen ergehen nicht.

Krankheitsbericht. In der Woche vom 23. bis 30. Juni 1912 erkrankten an Kindbettfieber: in Rothföhren 1 Person und an Scharlach: in Zimpel 1 Person. Es starben an Tuberkulose: in Döwig und Herrnpörsch (Pflegehaus) je 1 Person.

Groß-Wachern. Unter den Messern der Galiizier. Am Sonntagabend wurde der Fabrikarbeiter A. Treidler von mehreren in der Fabrik beschäftigten Galiiziern durch Messerstiche so schwer verletzt, daß seine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen mußte. Allem Anschein nach ist der Verletzte das Opfer einer Verwechslung mit einem anderen Arbeiter geworden, der im Laufe voriger Woche schon einmal mit den Angreifern zusammengeraut war. Die Tat dürfte ein Ausfluß der Behandlung sein, der die sehr rückständigen Arbeiter in der Fabrik ausgelehrt sind, werden doch diese Arbeiter in der hiesigen Fabrik in einer Weise behandelt, die man geradezu eine menschenwürdige nicht mehr nennen kann. Wie sehr auch das Opfer bedauert werden muß und derartige Angriffe zu verurteilen sind, trifft doch die ganze Verantwortung diejenigen, die glauben, ohne eine solche Behandlung nicht auskommen zu können. Die Arbeiter aber mögen beherzigen, daß der beste Schutz gegen Ausbeutung und schlechte Behandlung die Organisation ist. Möge es auch hier in Zukunft besser werden.

phenlinien sind unterbrochen. — Ein weiteres Telegramm aus Winnipeg meldet uns, daß der Wirbelsturm in Regina drei Minuten dauerte und einen Schaden von 11 Millionen Dollars anrichtete. In der Stadt wurde das Kriegsrecht verhängt. 3000 Personen sind obdachlos.

Der Zentrumsparrer als Erzieher. In einem Orte bei Plothen vorm Ries traf am Sonntag der katholische Pfarrer, abends um 9 Uhr, auf der Straße einen 25-jährigen Jungen, der sich plaudernd mit einem Mädchen bespaßend sah. Entsetzt fragte er das Paar, was es um diese Zeit noch auf der Straße zu tun habe. Der Junge war über diesen unvernünftigen Angriff des hochwürdigen Herrn ganz baff und stotterte einige Entschuldigungsworte, die aber bei dem Seelenhirt keinen Anklang fanden, denn er verabschiedete dem Jungen eine solche tröstliche Ohrfeige, daß er auf den Erdboden fiel. Der Geschädigte erhob sich und wollte fragen, was das zu bedeuten habe, aber er kam nicht dazu, denn der geistliche Herr schmetterte ihn noch ein paar Mal zu Boden und begab sich dann ins Wirtshaus, wo er aber nicht allzu lange verweilte, denn mittlerweile hatten die Kameraden des mißhandelten Jungen von der Sache gehört und sich ebenfalls im Wirtshaus versammelt, wo sie eine Haltung einnahmen, daß der Herr Pfarrer es für geraten hielt, sich wieder zu empfehlen.

Ein Bischof in der Sakristei bestohlen. Eine nicht alltägliche Geschichte passierte in der Sakristei der Kirche zu Ehrenlingen in Rheinhessen. Der Bischof von Mainz, Dr. v. Kirstein, der sich gegenwärtig auf einer Firmungsreise befindet, wurde dort von einem Langjäger bestohlen. Der Dieb entwendete dem Kirchenfürsten dessen goldene Uhr. Allgemeine Bestürzung! Es konnte ja kein Ungläubiger, kein Heher sein; denn in das Heilig-tum der Kirche, die Sakristei, kommen nur Rechtgläubige, abgesehen von Zeiten, in denen man etwa ein Wahlbündnis abzuschließen hat. Das war aber diesmal keineswegs der Fall, denn diesmal handelte es sich um die Firmung unschuldiger Kinder. Und hierbei haben nur gute Katholiken in der Sakristei etwas zu suchen. Also erachtete der Pfarrer die Kugel als den richtigen Ort, um dem jedenfalls in der Kirche anwesenden Dieb ins Gewissen zu reden und verbandete von der Kanzel herab, daß, wenn die Uhr nicht schnellstens dem Bischof wieder zugeführt werde, Anzeige erfolge. Aber es scheint, daß der Dieb nicht so überzeugt

ist von der Allwissenheit des Predigers; denn bis heute hat er sich noch nicht gemeldet.

Das Vermächtnis eines Sonderlings. Man schreibt uns aus Bayern: Im Jahre 1903 starb in Bamberg der Freiherr Emil Marschall v. Ostheim. Mit ihm vererbte das aus dem Penneberrischen stammende alte Adelsgeschlecht, dem auch Schillers Freundin Charlotte v. Rab angehört hatte. Dieser legte Erbschaftsbesitzer v. Ostheim nun hatte damals testamentarisch sein Vermögen der Stadt Bamberg zugewendet zum Zwecke einer Stiftung für Reisestipendien für Künstler und wissenschaftlich gebildete junge Männer, dann für Preisaufgaben aus dem Gebiete der natürlichen und geistlichen Geschichte. Seine umfangreiche Bücherammlung, in der Revolutionsgeschichte und Genealogie in seltener Vollständigkeit vertreten sind, vermachte er der kgl. Bibliothek in Bamberg mit der Bestimmung, daß ein systematischer Katalog darüber veröffentlicht werde. Dieser Katalog ist nunmehr von Oberbibliothekar Hans Fischer bearbeitet, in drei stattlichen Bänden erschienen und gibt eine anschauliche Vorstellung von der Größe der Marschallschen Bücherammlung. — In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, daß der alte Herr ein bekannter Sonderling war. Viel besprochen wurde seinerzeit die originelle Art, in der er lästige Besucher von sich abzuhalten wußte. An seiner Tür hatte er eine Bistontarte mit folgender Aufschrift angebracht:

„Bis 12 Uhr arbeite ich, um 1 1/2 Uhr esse ich und dann schlafe ich. Im Arbeiten, Essen und Schlafen ist beläunlich niemandem gern gestört; ich auch nicht.“

Fliegerin mit Passagier abgestürzt. Die amerikanische Fliegerin Harriett Quimby, die sich mit einem Passagier zusammen zu einem aviatischen Meeting in der Nähe von Boston (Amerika) begeben wollte, stürzte aus einer Höhe von 350 Meter ab und wurde ebenfalls wie ihr Passagier getötet. Der Aeroplane war durch einen heftigen Windstoß umgekippt worden, wodurch die Katastrophe herbeigeführt wurde.

Zufschiffkataklysmus in Amerika. Das zur Ueberfahrt über den Atlantischen Ozean bestimmte Luftschiff „Arzon“ explodierte in Atlantic City in einer Höhe von 800 Metern. Das Luftschiff ging in Flammen auf und die Gondel fiel etwa 1 Kilometer vom

Ufer entfernt ins Wasser. Die Explosion war fürchterlich. Die Ballonhülle wurde in Fetzen gerissen. Die aus acht Mann bestehende Besatzung, darunter der Führer des Luftschiffes, Vaniman, haben den Tod bei der Katastrophe gefunden. Die Leichname konnten bis jetzt noch nicht aufgefunden werden.

Unwetter in Sibirien. In Sibirien richteten heftige Unwetter neuerdings großen Schaden an. In Verbes sind fast alle Stadteile durch die starken Regengüsse der letzten Tage überflutet. Durch Blitzschlag wurde die elektrische Beleuchtungsanlage total zerstört. In Ustwenka sind 500 Wohnhäuser durch Wassereintrich unwohnbar geworden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen.

Schneefälle in der Schweiz. Seit Dienstag nacht melden die Hochstationen bis 2200 Meter Höhe kräftige Schneefälle; die Temperatur fällt unter Null. Auch die Berglagen bis 1800 Meter melden trübe Witterungsverhältnisse mit starkem Nordwestwind und sinkender Temperatur. Das Engadin hat seit gestern starke Niederschläge.

Literatur.

12 Wohnungen für Schweizer in Groß-Berlin. Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kollaps- und Logiswesen darstellt. Auf 12 Illustrationen ist das Wohnungsleben der Stallschweizer oder Metzler in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kollaps- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadt-Bewohner, namentlich der Kinder so wichtigen Berufsstände. Im Stall und Heuboden, in Kellerkellern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die zwölf Bilder und ihre legenden Ergänzungen geben eine derart eindringliche Sprache, daß kein Ansehiger sich der Forderung auf rücksichtslosse Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Der nächste Zahlabend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau Montag, den 8. Juli, wird sich hauptsächlich mit der Vertreterschaft beschäftigen. Nach dem neuen Statut, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, bestehen die geschäftsführenden Versammlungen aus Vertretern der Mitglieder. Auf je 25 männliche oder weibliche Mitglieder kommt ein Vertreter.

Bei der Berechnung der Vertreter wird die Mitgliederzahl zugrunde gelegt, die der Distrikt bei der letzten Wertjahres-Abrechnung gehabt hat. Zählt ein Distrikt z. B. 210 männliche und 88 weibliche Mitglieder, so hat er acht Genossen und zwei Genossinnen als Vertreter zu wählen. Verzieht ein Vertreter aus dem Distrikt, wo er gewählt wurde, so verliert er seine Vertreterrechte, wie die letzte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins beschlossen hat. An seine Stelle muß der Distrikt im nächsten Zahlabend einen anderen Vertreter wählen, wenn nicht bereits vorher Ersatzvertreter gewählt wurden.

Jeder Vertreter hat in den geschäftsführenden Versammlungen selbst zu erscheinen; er kann sich nicht durch einen Genossen oder eine Genossin vertreten lassen. Die Vertreter erhalten, was jener beschlossen wurde, Ausweisarten, die sie beim Eintritt in die geschäftsführenden Versammlungen und in die General-Versammlungen vorzulegen haben.

Die Mitglieder ersuchen aus alledem, daß der Zahlabend am nächsten Montag sehr wichtig ist und von allen Genossen und Genossinnen besucht werden sollte. Wer da haben will, daß die rechten Vertreter in die geschäftsführenden Versammlungen kommen, der muß Montag im Zahlabend sein.

Frauen im Dienste der Stadt.

Ein bedeutender Fortschritt in der Mitarbeit der Frauen im Dienste der Gemeinde hat sich in Breslau in letzter Zeit vollzogen. Auf den Vorschlag der Armenkommission, in der schon längerer Zeit Frauen als vollberechtigte Mitglieder mit regem Eifer tätig sind, hat die Stadtverordnetenversammlung nunmehr auch zwei Frauen, Frau Professor Hepp und Frau Professor Brieger, in den Vorstand des Kinderhorts und Säuglingsheims, also eines Kinderkrankenheuses, gewählt, und damit zum ersten Male Frauen zu stimmberechtigten Mitgliedern des Kuratoriums eines städtischen Krankenhauses gemacht. Bei der Einführung der genannten Frauen in den Anstaltsvorstand wies der Vorsitzende, Stadtrat Professor Fraenkel, darauf hin, daß, wie man auch über die Mitarbeit der Frauen in Staat und Gemeinde denken möge, doch niemand bestreiten werde, daß gerade in der Verwaltung der Krankenhäuser und besonders der Säuglings- und Kinderkrankenheuser, sich für die Frauenarbeit ein weites und segensreiches Feld eröffne. Die Frau, die ihr eigenes Haus gut zu verwalten verstehe, sei befähigt und berechtigt, an der Verwaltung großer öffentlicher Anstalten wirtschaftlich mitzuwirken, und auch vom menschlichen Standpunkte sei die liebevolle und freundliche Anteilnahme der Frau oft förderlicher, als die zuweilen rauhe, für Kranke und Kinder doppelt empfindliche Mannesart. Es ist zu wünschen, daß durch eine Reform unsere Städteordnung und der Heilendienstordnungen den Frauen der Weg auch in die Kuratorien unserer übrigen Krankenanstalten geöffnet wird.

Zum Eisenbahn-Unglück

Bei Breslau wird uns geschrieben: Die Leichen der bei dem Unglück Getöteten, die auf dem Schmiedesfelder Bahnhof untergebracht waren, sind bis auf die des Bureaugehilfen Mary von dort nach Breslau geschafft worden. Die Leiche des Mary wird durch die Angehörigen heute von dort abgeholt werden. Der Bahnhilfswärter Stanke geht weiter seinen Arbeiten in der Bahnhofsmeisterei nach. Von den sieben Verletzten, die noch im Allerheiligenshospital liegen, schwebt die Elfriede Meyer, Tochter der getöteten Oberkammerfrau, noch immer in Lebensgefahr; das Bewußtsein kehrt nur von Zeit zu Zeit wieder. Ebenso steht es mit dem Bureaugehilfen Kleinert, der im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder liegt und einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hat. Die übrigen Verletzten, acht an der Zahl, befinden sich außer Lebensgefahr und teilweise schon ziemlich wohl auf.

* **Zu einem christlichen Arbeiterheim in Breslau** wurde, wie wir der „Schl. Ztg.“ entnehmen, am Sonntag auf dem Hinterlande des Grundstücks Mauritianusstraße Nr. 6 der Grundstein gelegt. Nicht weniger als vier evangelische Pfarrer, die Herren Renner, Janke, Dühme und Müller waren dabei als Geburtshelfer tätig, außer ihnen noch ein Regierungsekretär, von Arbeitern keine Spur! — Die Opferwilligkeit der freiwilligen Arbeiter Breslaus wird dadurch bewiesen, daß unser neues Gewerkschaftshaus der würdigen Repräsentant des Proletariats wird und daß die ganze Offizialität erkennt, wo das Breslauer Arbeiterheim zu suchen ist. Beizüge nehmen die Genossen Raich, Margaretenstraße 7, und Scholtz, Neue Graupenstraße 5 entgegen.

* **Die Parteitageversammlung** am Sonnabend beschäftigte sich mit dem Gewerkschaftsfest. Es wurde beschlossen, im Zuge eine Gruppe zu bilden. Die Vorarbeiten hierzu sind dem Vergnügungskomitee überwiesen worden. Die Delegierten der einzelnen Betriebe werden ersucht, mit den Kollegen sofort Rücksprache zu nehmen und festzustellen, wer sich an dem Umzuge beteiligen wird. Anmeldungen können beim Kollegen Seibold gemacht werden. Jeder Kollege erhält im Laufe dieser Woche noch ein Schreiben, worin ihm die Gruppierung, Ausstattung und alle in Frage kommenden Einzelheiten bekannt gegeben werden. Es ist zu erwarten, daß sich alle Kollegen an dem Umzuge beteiligen. Es wurden dann Tariffragen erörtert. Ein sehr wichtiger Punkt im Vertrage ist der Arbeitsnachweis, der die Mißstände, die im Gewerbe bis jetzt herrschen, beseitigen soll. Unrecht auf Arbeit soll jeder haben, nicht, daß einzelne aus einem Betriebe in den anderen laufen und ein anderer Teil, dem die Innehaltung des Tarifs eine heilige Sache ist, mochenlang auf dem Nachweize liegen. Einzelnen Kollegen scheint es aber nicht zu passen; auch das Gefühl der Solidarität ist bei ihnen wenig ausgebildet. Wer Tarifbruch begeht, hat in den Reihen der Organisation keinen Platz mehr, und so wurde einstimmig beschlossen, Kollegen Verneis aus dem Verbande auszuschließen. Ferner sollen einige Kollegen bei auswärtiger Arbeit die Arbeitszeit sehr ausdehnen. Die Fälle, die bekannt gegeben wurden, sollen zuerst in einer Betriebsversammlung untersucht und dann in der nächsten Sektionsversammlung verhandelt werden.

* **Victoria-Theater.** Am 1. Juli begann unter der Direktion des Victoria-Theaters das Berliner „Theater Folies Caprice“ mit drei Opern sein kleines Gastspiel. Um es gleich vorweg zu nehmen: es war kein verlorener Abend. Bei den drei im jüdischen Jargon gehaltenen Stücken: Kobi Krach, das Broadway-Girl und Waffensprung konnte man sich recht herzlich auslassen. Doch den „Inhalt“ dieser Kinder der letzten

Muse wiederzugeben ist eine undankbare Aufgabe. Dazu bedarf es der größten Darstellungskunst des Herrn Berich, Beckmann und Partien und des schönen Spiels der Damen wie Frau Blante, Paula Breuß und Elise Renter. Doch um gerecht zu sein, muß gesagt werden, daß sich unter der Fülle blühender Kunst finden. Jedenfalls ist dazu die eigenartige prädikale Musik Hugo Strich in Broadway-Girl zu rechnen, die einige recht gefällige Melodien enthält, wie: das Broadway-Girl-Quett und den Toppfädel-Walzer. Alles in allem war ein ehrlich verdienter Erfolg.

* **Verein Arbeiterpresse und Unterstühungs-Vereinigung.** Die Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse und der Unterstühungs-Vereinigung werden ersucht, das Protokoll der Hauptversammlung vom 17. und 18. Mai in Berlin und das abgeänderte Statut im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II., abzuholen.

* **Deutscher Bauarbeiter-Verband.** Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 Uhr: Bau-Delegierten-Versammlung im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses. Die Kollegen werden ersucht, dafür zu sorgen, daß von jeder Baustelle ein Vertreter teilnimmt. Es handelt sich um eine Besprechung über das Gewerkschaftsfest. Der Vorstand.

* **Achtung, Metallarbeiter!** Alle Kollegen, die im blauen Arbeitsanzug am Festtage der Gewerkschaften teilnehmen, müssen bis Donnerstag abend 7 Uhr im Verbandsbureau das Kopfmah abgegeben haben. Der Obmann.

* **Arbeiterfänger des ersten Unterbezirks!** Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, im Etablissement „Lehrer Keller“: Probe zum Gewerkschaftsfest. Gebüt röh: „Kront den Tag“, „Ich warte dein“, „Das heilige Feuer“ und „Der Wert“. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Obmann.

* **Achtung, Arbeiter-Samariter!** Freitag, den 5. Juli, Unterbezirksabend. Alle Mitglieder, die bis zum Gewerkschaftsfest Mägen haben wollen, müssen bestimmt erscheinen. Der Mägenmacher ist zum Wahneinnehmen anwesend. Der Vorstand.

* **Die Mäde** ist unter den Pferden des Fuhrwerksunternehmers E. Proffon, Neue Sandstraße 14, amstierärztlich festgestellt und deshalb über dieses Geschäft die Stallsperr verhängt worden.

* **Tödlicher Straßenbahnunfall.** Dienstag abend gegen 7 Uhr lief der 62-jährige Arbeiter Jakob Sawlita, der Auguststraße 22 wohnte, an der Ecke der Kaiser Wilhelmstraße vor einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnzug. Er wurde umgerissen und kam unter die Schutzbreiter. Vorübergehende zogen den Bewußtlosen hervor. Er hatte einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten und ist inzwischen im Wenzel Hande'schen Krankenhaus gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

* **Selbstmord durch Ertränken** verübte am 1. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr in Wirscham eine Frau, die sich dort von einer Puhne in die Oder warf. Obwohl am Ufer drei Personen standen, darunter zwei Schiffer, die sofort Rettungsversuche unternahm, konnte die Lebensmüde nicht gerettet werden, da sie nicht mehr auftauchte. Die Frau schien in den mittleren Jahren zu sein, trug ein blaues Kostüm und einen Hut aus schwarzem durchbrochenem Gewebe mit blauem Band und zwei blauen Federn. Dieser Hut, eine auf der Wuhne gefundene Handtasche und ein ungezeichnetes weißes Taschentuch können im Umkleezimmer des Gutsvorstandes für Wirscham, Breitestraße 28, II. Stock, zum Zwecke der Feststellung der Person der Ertrunkenen beschlagnahmt werden.

* **Die Leiche des Artilleristen**, von der 5. Batterie des kaiserlichen Regiments, der vor einigen Tagen an der Willerinsel beim Baden erkrankt, wurde Dienstag mittag in der Nähe der Schwiger Fähre an einer Puhne aufgefunden und hierauf nach Breslau in die Leichenhalle gebracht.

* **Ueble Folgen des Schnapsgenusses.** Am Dienstag abends gegen 1/2 Uhr fiel eine Frau, die im Schnapsauschank der Ausspannung „Schwarzer Adler“, Matthiasstraße 67/71, gezechet hatte und das Schanklokal verlassen wollte, von der nach der Straße führenden Treppe ab und blieb mit einer schweren, stark blutenden Kopfwunde bewußtlos liegen. Sofort herbeigerufen Samariter der Feuerwehr legten der Verletzten einen Nothverband an und schafften sie mit dem Krankenwagen ins Allerheiligens-Hospital.

* **Wegen sinnloser Täuheit** sind am vergangenen Sonntag durch Schutzleute in verschiedenen Stadtteilen 7 Personen aufgefunden und in Schutzhaft eingeliefert worden.

* **Hohe Tierquälerei.** Ein Handlungsgehilfe V. von der Sandstraße hat die Kähe einer Witwenwohnerin, einer Kaufmannsrau, eingesperrt, in einen Verfall gesperret und dann mit einem Leichin auf das Tier geschossen. Die Kaufmannsrau hat diese rohe Mißhandlung angezeigt.

* **Den Hund auf ein Kind gehen** hat am Montag auf der Berlinerstraße der Führer eines Hundesführers einer Fleischerei von der Lessingstraße. Der Knabe wurde von dem Hunde in den Ober- und Unterarm gebissen und erlitt schwere Wunden. Der Vater des Knaben hat Strafanzeige erstattet.

* **Die Taschendiebe** betreiben ihr Gewerbe während der beginnenden Reisezeit mit regem Eifer; besonders an Straßenbahnhaltestellen und hier wiederum vor allen an der auf dem Ring vor dem Warenhaus von Barasch kommen täglich Taschendiebstähle vor, da dort der Andrang des Publikums sehr groß ist. Am Montag ist einem älteren Herrn eine goldene Uhr im Wert von 900 Mark aus der Tasche gestohlen worden. Der Bestohlene, der anscheinend von auswärts war, war so verblüfft darüber, daß er bei den Umstehenden noch Heiterkeit erregte. Es sei dringend vor den Langfingern gewarnt.

* **Verloren!** Ein Genosse verlor am Sonnabend 10 Anteilmarken des Konium- und Sparvereins „Vorwärts“ zu je 50 Pfg. Der Finder wird gebeten, die Marken im Parteisekretariat oder im Inzangengeschäft von Berndt, Leuzniskstraße, abzugeben.

* **Verloren** wurden eine goldene Damenuhr, eine goldene Halskette, eine schwarze Damenhandtasche mit Inhalt, ein goldenes Ketten mit Anhänger, ein Bejmarmkettein, eine silberne Herrenuhr, ein Uhr, sechs Portemonnaies mit Inhalt, eine Handtasche mit Inhalt und eine braune lederne Umhängetasche.

* **Gefunden** wurden zwei goldene Brochen, eine Damenhandtasche mit Inhalt, zwei silberne Damenuhren, eine silberne Herrenuhr, ein Damenschirm, ein Pompadour, ein Fahrrad, ein Schlüsselbund und eine Ordensspange.

Neueste Nachrichten.

Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 3. Juli. Die Stadtverordneten beschlossen gestern in längerer geheimer Sitzung einstimmig, den Oberbürgermeister Postig aus Darmen an erster Stelle, den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Friedleben an zweiter Stelle und den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Kommerzienrat Radenburg an dritter Stelle dem Könige für den Posten des Oberbürgermeisters vorzuschlagen. In derselben Sitzung wurde auch noch beschlossen, dem scheidenden Oberbürgermeister Abt das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Der zweite und dritte Vorschlag ist nur zur Erfüllung unumgänglicher Formalitäten gemacht.

Die kommende Erbschaftsteuer.

Berlin, 3. Juli. Wie die „Tägliche Rundschau“ von durchaus zuverlässiger Seite hört, ist nunmehr von der Bayer-

rischen Regierung ein energischer Widerstand gegen die Erbschaftsteuer nicht mehr zu erwarten. Es darf vielmehr nach den Versicherungen des Bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling angenommen werden, daß Bayern im Bundesrat für die Erbschaftsteuer stimmen wird, wenn der Reichstag nach Wiederauftritt im Herbst sich entschließen sollte, einen Entwurf der Erbschaftsteuer vorzulegen. Der Bundesrat wird bei seinem Wiederauftritt im Anfang Dezember dieses Jahres den Entwurf des Reichstages vorfinden und zugleich in seine Beratungen eintreten. Voraussichtlich dürfte schon im Laufe des Septembers eine Zusammenkunft der Bundesstaatsminister in Berlin stattfinden, um zu den einzelnen Vorschlägen des Reichstags-Ausschusses Stellung zu nehmen.

Schwere Gewitter.

Berlin, 3. Juli. Das schwere Gewitter am gestrigen Nachmittage und Abend richtete durch Blizschläge und Ueberschwemmungen in Berlin und in den Vororten stellenweise große Verheerungen an. Ein Mann stürzte in die angeschwollene Wuhne und erkrank. Sämtliche Züge der Feuerwehr und Tausende von Straßenreiniger waren lange Zeit erfolglos beschäftigt, die Wasserfamilie zu beseitigen. Auch im Reich, namentlich über Mittel- und Nord-Deutschland sind gestern fast zur selben Zeit wie in Berlin schwere Gewitter niedergelungen. Die Blizschläge haben an verschiedenen Orten gedündet und auch einige Menschenleben gefordert. Erst durch Blizschlag angerichtete Schaden ist stellenweise sehr groß; vor allem sind die mit der Feuerwehr beschäftigten Arbeiter von mannigfaltigen Unfällen betroffen worden.

Eine ganze Familie vom Bliz erschlagen.

Tangermünde, 3. Juli. Auf den Elbweiden in Tangermünde wurde gestern nachmittag während des furchtbaren Gewitters eine ganze Familie vom Bliz erschlagen. Der Landwirt Albrecht aus Storkau, dessen Sohn, seine Schwiegertochter und ein Knecht wurden vom Bliz getötet. Die Magd und ein anderer Knecht wurden schwer verletzt und betäubt. Auch zwei Pferde sind getötet worden.

Eine parlamentarische Krise in England?

London, 2. Juli. Die Absicht der Liberalen, an Stelle des kürzlich in London verstorbenen Abgeordneten Edwards, der der Arbeiterpartei angehört, eine liberale Kandidatur im Wahlkreis Danen aufzustellen, rief ganz unvorhergesehen eine Art parlamentarische Krise hervor, deren Bedeutung nicht gering ist. Die Arbeiterpartei droht, daß ihre Mitglieder, falls diese Kandidatur aufgestellt wird, das Unterhaus binnen 14 Tagen nicht mehr besuchen werden. In diesem Falle würde die Regierung 44 Stimmen eingebüßen.

Zum Aufstande in Monastir.

London, 2. Juli. Aus gut unterrichteter Quelle will die „Times“ erfahren haben, daß sich an dem Aufstande in Monastir insgesamt 28 Offiziere und 300 Mann beteiligt hatten. Außerdem wurden viele Aufständischen und die ganze Bewegung unterstützt von zwölf Matabeln aus Monastir und Djiba, sowie durch weitere gut bewaffnete 14 Albanesen. Ein Bataillon Infanterie ist beauftragt worden, in ständiger Verbindung mit den Meuterern zu bleiben, doch unterlagte der Kommandant der Truppen, Jecet Pascha, jeden Antritt und befahl, vorläufig noch jedem Gesichte auszuweichen. Jecet Pascha hielt in Monastir an die Garnison eine Ansprache, in der er sie ermahnte, sich ruhig zu verhalten. Seine Rede wurde stillschweigend zurückgelesen hat. Einem anderen noch unbefähigten Gerichte zufolge soll er jedoch in Unruhe verfallen sein.

Konstantinopel, 2. Juli. Dem „Sabah“ zufolge haben die Meuterer sich dazu bereit erklärt, in Unterhandlungen einzutreten. Man ist in der Hoffnung, daß ein Ausweg bald zustande kommen wird.

Selbsthilfe gegen die Automobilkraserei.

Mailand, 3. Juli. Graf von Turin wäre gestern bei nahe der Wut einer aufgeregten Bauermenge zum Opfer gefallen. Er fuhr mit seinem Automobil von Mailand nach dem Obersee, als er auf der Chauffee in einem Bauernwagen hineinfuhr, der in den Graben abschleudert wurde. Rika 100 Bauern des in der Nähe befindlichen Dorfes rollten sich nun zusammen und nahmen eine äußerst drohende Haltung gegen den Grafen von Turin ein, den sie nicht erkannten. Die Saag wäre für den Grafen äußerst gefährlich geworden, wenn nicht eine Abteilung Gendarmerie dem Grafen zur Hilfe herbeigekommen wäre und ihn aus seiner verzweifelten Situation befreit hätte. Sie brachte den Grafen von Turin schnell in Sicherheit, konnte es jedoch nicht verhindern, daß dessen Wagen der Wut der aufgeregten Bauern zum Opfer fiel, die ihn vollständig zerstörten.

Im 44. Wahlgange gewählt.

New-York, 3. Juli. Wilson ist im 44. Wahlgange vom Demokratischen National-Konvent zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden. Wilson erhielt 90 Stimmen und damit eine Majorität, welche die erforderliche Zweidrittelmajorität um mehr als zweihundertfünfzig Stimmen übersteigt. Auf seinen Gegner Clark entfielen nur noch 87 Stimmen. Die Wahl Wilsons wird als ein Sieg Bryan's angesehen. Er empfing zahlreiche Glückwünsche der Delegierten.

Zur Ballonkatasrophe in Amerika.

New-York, 3. Juli. Als sich gestern morgen der Ballon „Ultron“ um 6 1/2 Uhr mit Welbin Vaniman, seinem Bruder Kalbin Vaniman und drei anderen Männern bei Atlantic-City in einer Höhe von ungefähr 800 Metern befand, plakte plötzlich der Gasballon in der Mitte des Körpers auseinander. Das entweichende Gas entzündete sich und es erfolgte eine furchtbare Explosion. Diese Explosion war von solcher Gewalt, daß sie den Ballon in Atome zerriss und auch die festen Bestandteile vollständig zerstört wurden. Eine ungeheure Flammenmasse umgab die Stelle, wo sich der Ballon befunden hatte. Deutlich konnte man die herabschwebenden Trümmer sehen. Eine topflose Leiche schlug mit großer Gewalt auf das Wasser auf. Es war der Körper Kalbin Vaniman, der einige Stunden später aufgefunden wurde. Die Augenzeuger des schrecklichen Voralles berichteten, hing die Gondel eine Zeitlang nur an einer einzigen Stelle fest und kausete dann, sich hielmals überschlagend, mit ungeheurer Geschwindigkeit zur Wasseroberfläche nieder. Die fünf Insassen des Ballons wurden in 18 Fuß tiefes Wasser gestürzt und sämtlich auf der Stelle getötet. Die Herstellung dieses Ballons hatte ungefähr 2 Millionen Mark gekostet.

Der Metallarbeiterstreik in Thale am Harz. Die bürgerliche Presse verbreitet über den Metallarbeiterstreik in dem Eisenhüttenort in Thale am Harz alle nur erdenklichen Nachrichten. Die Streikenden sollen sich schwerer Aufschreiungen schuldig gemacht haben und 15 Rädelführer sollen verhaftet worden sein. In Wirklichkeit sind keinerlei Aufschreiungen vorgekommen, die Polizei hat zwar einige Male unnötiger Weise Zusammenkünfte von Neugierigen mit blanke Waffe auseinandergetrieben und einige Störungen vorgekommen; jedoch haben die Streikenden sich trotz der schlimmsten Provokationen zu unüberlegten Schritten nicht hinreißen lassen.

Am Dienstag morgen haben weitere 600 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Parteiangelegenheiten.

Neun Jahre in Kampf und Arbeit stand am 1. Juli die „Volkzeitung für das Muldental“, unser Parteiorgan in den sachlichen Amtshauptmannschaften Zorn und Döbichau. Die Nummer der Volkzeitung vom 30. Juni erschien als 28seitige Jubiläumnummer.

Brandenburgischer Provinzial-Parteitag. In Brandenburg a. S. wurde am Sonntag der sozialdemokratische Parteitag für die Provinz Brandenburg (ohne Groß-Berlin) abgehalten. Umfänglich waren 66 Delegierte, 4 Reichstagsabgeordnete und als Vertreter des Parteivorstandes der Genosse Kalkenbührer. Genosse Weick erstattete den Geschäftsbericht, aus dem hervorgehoben ist, daß der Vorstand der Organisation das Stichwahlkommen mit den Fortschrittlichen billigte, durch das die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf 110 gesteigert wurde.

Den Hauptberatungsgegenstand bildete das Organisations-

Problem. Bis vor kurzem bildeten die sämtlichen Wahlkreise der Provinz einschließlich Groß-Berlins eine organisierte Einheit. Die Generalversammlung der Wahlkreiseorganisation Groß-Berlins hat aber in diesem Jahre das Verhältnis der beiden Organisationen gelöst. Die erste Folge hiervon war, daß der Zentralvorstand der Provinz beschloß, an die Stelle der bisher gemeinsam mit Groß-Berlin abgehaltenen Provinzial-Konferenzen Provinzial-Parteitage treten zu lassen, und eine Neuorganisation für die Provinz zu schaffen. Nach dem Statut, das der Provinzial-Parteitag annahm, schlossen sich die 18 Reichstagsabgeordnete der Provinz (ohne Groß-Berlin) zu einem Verband zusammen, der den Namen „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg“ führt. Als Zentralvorstand fungieren die Vorsitzenden der achtzehn Kreiswahlvereine und die Oberste der Pressekommissionen der „Brandenburger Zeitung“, der „Märkischen Volksstimme“, des „Neumärkischen Volksblattes“ und des „Vorwärts“. Im Verhinderungsfalle ist eine Vertretung zulässig. Die laufenden

Geschäfte leitet ein jährlich vom Zentralvorstand aus diesem erwählter Ausschuss von 5 Personen mit den angeführten Sekretären. Die Ausschussmitglieder und Sekretäre haben außerdem in allen Parteiorganisationen und in allen Parteinstanzen des Bezirksverbandes beratende Stimme. Die höchste Instanz des Verbandes ist der alljährlich tagende Provinzialparteitag.

Arbeiterbewegung.

Zur Regelung der Ausperrung der Metallarbeiter in Hannover traten am Donnerstag, den 27. Juni, die Verhandlungskommissionen erneut zusammen und stellten fest, daß bei der Sachlage die Verhandlung vertagt werden mußte, weil keine Partei neue Vorschläge machen konnte. Am Montag, den 1. Juli, haben die weiteren Verhandlungen begonnen. Es steht zu erwarten, daß wenn die Unternehmer annehmbare Vorschläge zur Befreiung der Arbeitszeit machen und dabei Entgegenkommen zeigen, baldige Einigung erzielt wird.

Er erscheint dreimal wöchentlich. Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

<p>Breslau. Herren- und Knaben-Garderobe. Knauehase Arbeitgarderobe Neumarkt 17 Gegr. 1883 Albrechtstr. 6</p> <p>Beuthen O.-S. Brauereien. Vereins-Brauerei A.-G. Lebensmittel-Konsum. Sohn, G., Kirchstr. u. Kofenauerstr.</p> <p>Brieg Alkoholfreie Getränke. Lein, G. „Eclair Special-Bräu“. Scholz, Emil (Wittener Edelbräu). Arbeiter-Konfektion. Neumann, H., Dreyerstr. 2, Dir. Artillerie.</p>	<p>Cosel Bäckereien. Starke, Franz, Geisel Nr. 92. Fleischeren und Wurstfabriken. Gruer, Waul.</p> <p>Dtsch.-Lissa, Stabelwitz. Bäckereien. Hilfsbuch, Heinrich, Konditorei. Riesewitz, Arthur, Konsum-Verein. Vand, Vol., Breslaustr. 3, A. camp. 19/20.</p>	<p>Galanterie- u. Spielwaren. Wittmann, Gust., Ring 65 (Eckhaus, Schirme). Engel, Richard, Ring. Wüller, Julius, Ringherstraße.</p> <p>Herren- u. Knaben-Garderobe. Krause, Otto, Ring 1, Herren- u. Damen-Garderobe. Pring, Theob., Ring 1, Herren- u. Damen-Garderobe.</p>	<p>Liegnitz Haurwitz, Ludwig, Frauentr. 9. Geschäftshaus am Plage für Kleiderstoffe, Seiden, Lins, Leib- u. Bettwäsche, Damenskonfektion, Putz, Gardinen, Teppiche, Verkleidung. — Groß ausgenommen: Majale, Valeroid, Joppen, Arbeiter-Verkleidung.</p> <p>Bäckereien u. Konditoreien. Kestler, Emil, Neue Gasse 35. Kestler, Paul, Wäckerstr. 2, Geckstr. 2.</p>	<p>Schirme, Stühle, Handtaschen. Cohn, Leopold, Ring 1, Eingang Frauenstr.</p> <p>Schuhwaren u. Schuhmacher. Cohn, Albert, Neue Gasse 62. Grillner, Hans, Ring 50, Ecke Kämmerstr. Jischke, A., Weidstr. 6, Ecke Jandensch. Kestler, Emil, Ring 1, Glogauerstr. 16a. Wülke, Konstantin, Burgstr. 38.</p>	<p>Märzdorf/Steindorf. Gasthäuser. Geisler, Johann, (Zugl. F. Gohl), Märzdorf.</p> <p>Gömlitzsch. Stöber, Adolf, Märzdorf. Berger, Ernst, Steindorf.</p>
<p>Alkoholfreie Getränke. Lein, G. „Eclair Special-Bräu“. Scholz, Emil (Wittener Edelbräu). Arbeiter-Konfektion. Neumann, H., Dreyerstr. 2, Dir. Artillerie.</p> <p>Bäckereien und Konditoreien. Grabs, Gustav, Hülshofstr. 46. Krause, Hermann, Wollweberstr. 18. Krause, Paul, Döbichau. Krause, Hermann, Döbichaustr. 4. Weinert, Karl, Döbichau, 10, Kien, Döbichau.</p>	<p>Bäckereien. Hilfsbuch, Heinrich, Konditorei. Riesewitz, Arthur, Konsum-Verein. Vand, Vol., Breslaustr. 3, A. camp. 19/20.</p> <p>Brauereien und Restaurateure. Jolauer, August, Breslaustr. 21. Döbich, Heinrich, Döbichau. Weidner, Gartenhof, Döbichau. Wilschke, Anton, Breslaustr. 3.</p>	<p>Hüte, Mützen, Pelzwaren. Weiblich, Ernst, Ringherstraße 60.</p> <p>Kaufhäuser. Scholz, Fritz (4% Rabatt).</p> <p>Kleider und Schuhwaren. Schumann, Theob., Döbichau 18, I.</p>	<p>Bierbrauereien, Bierverleger. Jul. Küttner's Brau, Gasse 1. Genossenschaft, Brauerei G. m. b. H., Ring 1.</p> <p>Buchdruck, Papier- u. Schreibwaren. Kühner, Paul, Neue Gasse 35.</p> <p>Büsten, Platel etc. Wüller, Hermann, Hülshofstr. 41.</p>	<p>Strumpfabriker. Wolff, G., Ring 30, Döbichau, Art. III.</p> <p>Toppleche, Gardinen, Läuferstoffe. Schickel, H., Wollweberstr. 33, Steppen, Schickel.</p> <p>Tricotage, Weiss- u. Wollwaren. Wulke, W., Döbichau, Glogauerstr. 29.</p>	<p>Restaurateur. Metzger, Franz, Döbichau.</p> <p>Opperau Restaurateur. Metzger, Franz, Döbichau.</p>
<p>Alkoholfreie Getränke. Lein, G. „Eclair Special-Bräu“. Scholz, Emil (Wittener Edelbräu). Arbeiter-Konfektion. Neumann, H., Dreyerstr. 2, Dir. Artillerie.</p> <p>Bäckereien und Konditoreien. Grabs, Gustav, Hülshofstr. 46. Krause, Hermann, Wollweberstr. 18. Krause, Paul, Döbichau. Krause, Hermann, Döbichaustr. 4. Weinert, Karl, Döbichau, 10, Kien, Döbichau.</p>	<p>Bäckereien. Hilfsbuch, Heinrich, Konditorei. Riesewitz, Arthur, Konsum-Verein. Vand, Vol., Breslaustr. 3, A. camp. 19/20.</p> <p>Brauereien und Restaurateure. Jolauer, August, Breslaustr. 21. Döbich, Heinrich, Döbichau. Weidner, Gartenhof, Döbichau. Wilschke, Anton, Breslaustr. 3.</p>	<p>Hüte, Mützen, Pelzwaren. Weiblich, Ernst, Ringherstraße 60.</p> <p>Kaufhäuser. Scholz, Fritz (4% Rabatt).</p> <p>Kleider und Schuhwaren. Schumann, Theob., Döbichau 18, I.</p>	<p>Bierbrauereien, Bierverleger. Jul. Küttner's Brau, Gasse 1. Genossenschaft, Brauerei G. m. b. H., Ring 1.</p> <p>Buchdruck, Papier- u. Schreibwaren. Kühner, Paul, Neue Gasse 35.</p> <p>Büsten, Platel etc. Wüller, Hermann, Hülshofstr. 41.</p>	<p>Strumpfabriker. Wolff, G., Ring 30, Döbichau, Art. III.</p> <p>Toppleche, Gardinen, Läuferstoffe. Schickel, H., Wollweberstr. 33, Steppen, Schickel.</p> <p>Tricotage, Weiss- u. Wollwaren. Wulke, W., Döbichau, Glogauerstr. 29.</p>	<p>Restaurateur. Metzger, Franz, Döbichau.</p> <p>Opperau Restaurateur. Metzger, Franz, Döbichau.</p>

Bevölkerung der Erde mit annähernder Zuverlässigkeit abzu-
schätzen. Namentlich ist das chinesische Reich für die Berechnung
dieses Elements hinderlich. Namentlich werden auch dort
Wolfszählungen veranstaltet, aber ihre Durchführung ist höchst
mangelhaft und erstreckt sich gewöhnlich nur auf die Verteilung
der Familienmitglieder. Daher kommt es, daß die Ziffern für die
Bevölkerung Chinas in ungleichermaßen ab-
sinken zwischen 275 und 480 Millionen. Ein großartiges Gegen-
stück dazu bildet die sorgsame Zählung der Volkszählung
in Westindien. Die Gesamtbevölkerung der Erde wird jetzt
auf etwas mehr als 1700 Millionen veranschlagt. Nach Be-
rechnungen von Dr. Schulz-Gambard liegen genauere Ermitt-
lungen über die Verteilung der Geschlechter für 1088 Millionen
vor, und davon sind 521,7 Millionen Männer und 516,3 Mil-
lionen Frauen. Es würden danach auf je 1000 Männer nur
990 Frauen kommen. In Europa und Afrika dagegen befindet
sich das weibliche Geschlecht im Uebermaß; denn in Europa
entfallen angeblich auf je 1000 Männer 1027, in Afrika sogar
1045 Frauen. Am stärksten ist die zahlenmäßige Ueberlegenheit
des männlichen Geschlechts in Australien, wo nur 973 Frauen
auf je 1000 Männer kommen, etwas geringer in Asien und
Amerika. Erwähnlich ist der Uebertritt in manchen einzelnen
Teilen von Afrika. In der Landschaft Uganda z. B. liegt das
Verhältnis auf 1487 Frauen zu 1000 Männern. Es gibt aber
auch Länder, die ganz außerordentlich weiblicher sind, und dazu
gehören ganz besonders die westlichen Staaten der amerikani-
schen Union, Kanada und das südliche Australien. In Alaska
kommen auf je 1000 Männer nur 391 Frauen, was sich leicht
daraus erklärt, daß die meist als Arbeiter in den Goldminen
dortin gebenden Männer wegen der Beschäftigung und nament-
lich wegen des Klimas selten daran denken können, eine Frau
mitzunehmen. Schwer verständlich ist die noch größere Frauen-
armut auf der Halbinsel Malakka, wo auf 1000 Männer nur
389 Frauen entfallen.

Das Verschwinden der Pappeln. Die tägliche Rund-
schau macht in Nr. 268 Mitteilung von einem Baumstumpfen-
bau ausläubigen preussischen Minieringen, in welchem besonders
das Gelingen der für das Landschaftsbild so bedeutenden Pyra-
midenarbeiten befragt wird.

Es ist leider eine nicht zu bestrittene Tatsache, daß die
italienische Pyramidenpappel (Populus nigra fastigiata), die inoffen-
sichtlich Säulenpappel genannt werden sollte, da sie keine
"Pyramiden" bildet, in immer stärkerer Maße aus dem Lan-
schaftsbild verschwindet. Obwohl wir in einzelnen Fällen auch
immerhin davon şahut sein, im allgemeinen ist dieses allmäh-
liche Verschwinden aber auf Pflanzungen zurückzuführen, die in
bedauerlichster Weise auftritt, daß der Baum unterliegt. Der
mikroskopisch keine Wille befällt die jungen Triebe und löst das
Gewebe ab. Die Folge sind dürrer Spitzen und dann ein all-
mähliches Absterben, falls nicht Gegenmaßnahmen getroffen wer-
den. Früher nahm man an, daß diese stets nur durch Stiefholz-
vermehrte Pappelart eine gewisse Lebensmüdigkeit ergriffen habe
und daß sie daher im Aussterben begriffen sei. Diese nicht ganz
unbegündete Annahme wird aber teilweise dadurch widerlegt,
daß ein klarer Unterschied zwischen allen trockenen Wäldern bis auf das
bedauerlichste einen sehr lebhaften Austrieb neuer junger Sprosse
heraussetzt. Auf diese Weise würde es also möglich sein, extantte
Säulenpappeln zu erhalten. Hiermit stimmen die Beobachtun-
gen überein, die man in Frankreich gemacht hat. Auch hier ist
die Säulenpappel neuerdings im Verschwinden begriffen,
und man hat eine in ersten Augenblick verblüffende
Ursache hierfür gefunden, nämlich den Versuch des
hausgeborenen Brotes durch das der Großbäckereien.
Früher war es üblich, die Pappeln alle zwei bis drei Jahre zu
schneiden, so daß auf diese Art der Pflanz mit den Zweigen weg-
geschafft wurde; die Wälder ließ man trocken und verwendete sie
zum Brennen der Pappeln. Die Pappeln sind aber mehr und
mehr davon abgetrennt und bescheiden ihr Brot vom Wälder,
der konstanter arbeitet und viel weniger Brennholz braucht.
So fiel das Interesse am Schneiden der Pappeln weg, und der
Verbreitung des Pilzes war Tür und Tor geöffnet.

Die Giftigkeit der Mäuse. In der kaiserlichen Bio-
logischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft zu Dahlen hat
vor kurzem Professor Dr. G. Kötig interessante Versuche über
die Widerstandsfähigkeit der Mäuse gegen Strahlen in
welchen angeführt und macht über die bisherigen Ergebnisse im
Nachdruck des genannten Instituts folgende Mitteilungen:
Wenn man die Mäuse sofort hochprozentigen Giftmengen ver-
füllt, so gehen sie schon an dem Genuß weniger Körner zu-
grunde; z. B. starb eine Maus bereits nachdem sie 9 Körner
0,3 prozentigen Strahlmengen verzehrt hatte, während eine an-
dere nach dem Genuß von 28 Körnern 0,4 prozentigen Strahlmengen
welchen einging. Dagegen konnte eine Maus, die zuerst
etwas 0,1 prozentigen Strahlmengen erpicht, in kurzer Zeit
nahezu 0,1 prozentig gemacht werden. Der Genuß dieses Verjüngs
geschah sich wie folgt: Das Tier bekam zunächst in 3 Tagen
140 Körner 0,1 prozentigen Giftmengen, dann 5 Tage lang guten
Weizen, darauf in 3 Tagen 123 Körner 0,2 prozentigen Gift-
auslösungs guten Weizens, und während der folgenden Tage
mehr 80 Körner guten Weizens 145 Körner 0,3 prozentigen
Giftmengen. Vom 18. bis 20. Tage erhielt die Maus täglich in
Gesamtheit 145 Körner 0,3 prozentigen Giftmengen.

80 Körner giftigen Weizens, während sie in den nächsten
5 Tagen 191 Körner 0,4 prozentigen Giftmengen
guten Weizens verzehrte. Nach zweitägiger Pause, in der wieder
je 80 ungiftige Körner gereicht wurden, erhielt das Tier am
28. Versuchstag 50 0,5 prozentige Gift- und 20 gesunde Körner,
die es bis auf 11 Giftkörner sämtlich aufzehrt. Am folgenden
Tage wurden wieder 50 Giftkörner (von 0,5 Prozent) und 10
gesunde gereicht, von denen nur 7 halbe Giftkörner übrig blieben.
Was damit war die Maus völlig gesund. Erst nachdem sie am
30. Tage 60 0,5 prozentige Giftkörner ohne Beigabe anderer
Körner erhalten und aufgefressen hatte, trat der Tod ein. Zu
beachten ist hierbei, daß die Mäuse den Weizen, und zwar sowohl
den gefunden als auch den verzehrten, stets schätzen und
dodurch wohl eine nicht inbeträchtliche Menge des Giftes ent-
fernen.

Männliche Kinderträchtigkeit unter den Tieren. Die
Liebe und Anhänglichkeit der Eltern zu und an ihren Kindern
ist besonders groß bei den Säugtieren. Auch die Vögel sind
gute Eltern. Bei den Fischen findet man eine solche Liebe und
Zuneigung weniger ausgeprägt. Dort aber, wo die Fruchtbarkeit
unter den Tieren nicht sehr stark ist, hat die Natur in weither
Vorlicht durch andere Mittel dafür gesorgt, daß der Nachwuchs
erhalten bleibt. Deshalb finden wir in allen diesen Fällen die
Elternliebe sehr stark ausgeprägt, oft so stark, daß sich die Ver-
haltenstypen unterscheiden. Der Herr Gemahl übernimmt dann das
Hauptgeschäft und die Pflege der Jungen. Man spricht in den
Fällen von "verfehrter Brutpflege". Wir finden dann auch
"männliche Kinderträchtigkeit" und zwar beispielsweise bei unlernt
Stüchtling, ferner beim Paradiesvögel und auch beim Perlmutter-
fisch. Wie eine echte Elternliebe führen sie die Kleinen aus,
auch der Gebarmutter oder die Gebärtschwefel genannt,
gehört hierher. Diese rührende Sorgfalt und Liebe zu den
Jungen ist unbedingt ein Trieb, der dem Tiere innewohnt,
voranz. Deshalb kann man Fische und Amphibien, bei denen
dieser Trieb vorherrschend ist, nicht als kumpfmüde Tiere bezeichnen.

Seitens.

Rom Tage. Dem Chef einer Verwaltung, einem ehe-
maligen preussischen Offizier, wird eine von ihm schon voll-
zogene Feindschaft eines Weibes, der vor seiner Abordnung
gegenstandslos geworden war, zur Verurteilung vorgelegt. Be-
vor aber der Briefbogen dem Papst überreicht wird, ge-
schieht folgendes: Der Herr Chef legt mit großem Schwung die
Feder in Bewegung und verflucht: 1. Uebel! 2. Zu ver-
richten. Ort und Datum. Unterzeichnet "So!" merdet er sich
an den mit großen Augen dabeistehenden Beamten, "und nun
vernichten Sie den Bogen."

Demselben Verwaltungschef wird von einem Bürger eine
Beschwerde vorgelesen, und er beauftragt einen Beamten mit
der schriftlichen Aufnahme. Nach während der mündlichen Ver-
handlung läßt der Mann seine Beschwerde zurück. Damit wäre
die Angelegenheit erledigt gewesen. Der Herr Chef aber, dem
das Ergebnis mitgeteilt wird, ordnet an: "Die Beschwerde ist
aufzunehmen und am Schluß zu vermerken, daß sie als nicht
gelesen anzusehen ist." (Simplicissimus.)

Bei einem Wirtz rundermild. In der Köstner
Zeitung" findet sich folgende Notiz: Einem geehrten Publikum
von Köstler und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich
wegen Uebernahme des Ungeliefers ge-
wungen bin, die Verwaltung von Diners und Soupers
einzustellen, um mich dadurch vor Strafe aufzuheben.
hochachtungsvoll D. Wiegler. — Möge dieses Inferat allen denen
auf bekommen, die noch in letzter Zeit bei Herrn Wiegler
und Souperiert haben!

Blütenzeit der "Zugend." In einem Gießbörstchen war
als Wetterbericht an der Tür zur Wirtschaft zu lesen:
Telegramm: Müllmoch, den 1. 9. 1910.
Vorübergehend trocken —
Tagesüber warmer —
Schlafen.

Der neue Wirtz-Schaff.

(Parodie nach Bodenstedt.)
Es dreht die Wellen sich im Kreis,
Es wankt die Wellen die allen Ozean,
Es geht die Wellen ihre Bahn
Zum Grunde, wie sie stets getan.
Und hinterher mit festem Schritt
Geht immerdar der Schiffsmann mit.
M a x S e g e l.
Kommunikation: Berlin, 1. 9. 1910. — Redaktion und Expedition: Post-
fachnummer 7. — Verlag der "Volkswohle", G. m. b. H., Berlin, am
Th. Schaff, G. m. b. H. — Familien in Berlin.

Genetton-
Beilage
der
Volkswohle.

Blätter zur
Belehrung
und
Unterhaltung.

1912.

Breslau, den 4. Juli

1912.

Wir können nicht leben, wenn wir die Sonne nicht juchen,
und zum Leben so nötig wie Luft und Brot ist noch ein drittes
für uns: das helle Leben.
U. G u n t h o r f e r.

Safenkammer.

Roman von W. W. Jacobs.

Nach Verlauf einer Woche hatte Ernst seine Beob-
achtungen vollendet, und nunmehr ließ ihm Körper Schü-
mann, jetzt in seinen Gedanken der Inbegriff aller weib-
lichen Uragie und Schwärze, nur wenig Zeit, an andere
Sachen zu denken. Am zweiten Sonntag nach seiner Rück-
kehr ging er zur großen Ueberrichtung seines Vaters zur
Kirche, und nachdem er Gräfin Schümanns Haar hinten
außerhalb der Ohren betrachtet hatte, kam er nach Hause
und sprach mit edler Verehrtheit von "vergorenen Kriegs-
beilen", "verheilten alten Wunden", "daß man Vergange-
nes vergangen lassen sein sollte" und ähnlichen gearteten
Dingen.

"Ich selbst achte nie so sehr auf die Predigten", meinte
der ihm mitverschickende Kapitän. "Predigt? erwiderte sein Sohn. "Ich habe gar nicht
an die Predigt gedacht, aber ich habe Kapitän Schümann
gesehen und erinnerte mich an den dummen Streich zwi-
schen ihm und Dir. Es ist doch albern, daß das bis ins
Unendliche so fortgehen soll."

"Warum, was machst du?" fragte der andere mit
großen Augen. "Warum nicht? — Vielleicht hat Dich
die Kunst gerührt — einige dieser alten Gesänge —"
sein Sohn wieder die Predigt noch der Gesänge", meinte
Kapitän. "Ich spreche nur vom vernünftigen
Standpunkt. Wir sehen, daß die Verhältnißhaft zwischen
Dich lange genug gedauert hat."

"Ich sehe nicht ein, was das ausmacht", antwortete
der Kapitän; "mit tut das nicht weiter weh, Schümann
geht seinen Weg und ich gehe den meinen, aber wenn mir
der Alte mal verquer kommt, dann mag er sich in acht
nehmen. Was ihm not tut, ist, daß er mal einen Duffel
trägt."

"Hohe Manierfreiheit!"
"Er ist so stolz wie Lucifer, und seine Tochter schlägt
ganz nach ihm", erzählte der arglose Kapitän. "Uebri-
gen ist sie ein sehr hübsches Mädchen gewesen. Wenn Du
ihre das nächste Mal begegnest, sieh sie Dir mal an."

Sein Sohn lachte ihr an.
"Ich sollte meinen, sie wird sich bald verheiraten",
sagte der andere fort, "der junge Schümann, der neue Arzt,
scheint der Begünstigte zu sein. Schümann unterstützt ihn
in seinen Bewerbungen, wie man sagt; na, ich würde
ihm viel Freude an seinem Schwiegervater."

Ernst Schümann nahm seine Pfeife, ging in den Garten
und kam, während er die schmalen Pfade langsam auf und
nieder schritt, zu dem Gießbörstchen, Herrn Dr. Gemme im
jeden Preis vor einem solchen Schwiegervater zu bekommen
und Gräfin Schümann vor jedem Gatten, ausgenommen
den Kaiser eigenen Wahl. Er hätte sich nicht unter einen alten

Apfelbaum und verjügte, im Spiellicht grübelnd, vergeb-
lich auf Mittel und Wege zu kommen, um ihre Bekann-
schaft zu machen.

Singvögeln gingen sie als Fremde aneinander vorüber,
und die Schwärze, sich ihr zu nähern, machte die Auf-
gabe nur noch reizvoller. In der zweiten Woche rechnete
er zusammen, daß er sie nun neunmal gesehen habe. Das
war eine ganz zufriedenstellende Endsumme, zu gleicher
Zeit aber konnte er seine Augen der Laßmaße nicht ber-
schließen, daß er fünfmal hieron auch Herrn Dr. Gemme
mit ihr gesehen hatte, und daß keines von ihnen beiden
ihn selbst bemerkt zu haben schien.

Eines heißen Nachmittags lag er im Kontor und über-
dachte die Sache. Herr Adolph Schüpp, sein Leihhaber,
war gerade vom Frühstudium zurückgekehrt und ordnete etwa
zum fünften Male an diesem Tage sein weißes Haar und
seinen kurzen, sauber gestülpten Bart vor einem kleinen
Spiegel. Ueber den Rand desselben blickte er auf Erbe-
spiegel, der, in seinem Stuhl zurückgelehnt, an seinem Gebir-
hatter laute und auf ein Papier starrte, das vor ihm
lag.

"Nur das das Manuskript des 'Nordsterns?' fragte er ihn.
"Nein", war die Antwort.
Herr Schüpp steckte seinen Spiegel fort und be-
achtete den anderen, der nach dem Herrscher ging und durch
die kleinen, schmutzigen Scheiben auf das geräuschvolle
Leben im Hofen blickte. Eine kurze Weile stand
Erbe in so vor sich hinsehend schweigend da, dann schritt
er plötzlich durch das Zimmer, nahm seinen Hut vom
Haken und ging hinaus.

"Hübsch", meinte der ältere Leihhaber, indem er
seine Brille mit großer Sorgfalt putzte und auflegte. "Ich
möchte nur wissen, wo er das Manuskript wieder hingeliegt
hat."

Er ging hinüber nach dem Platz des anderen und
öffnete eine Schublade, um es zu suchen. Darinnen lag
oben auf ein Bogen Frankpapier und Herr Schüpp machte
sich mit wachsendem Entzücken mit dessen Inhalt vertraut.
"Ich muß sie so oft als möglich sehen."

"Ich muß versuchen, einige ihrer Bekannten kennen zu
lernen."
"Ich muß versuchen, an die alte Dame heranzu-
kommen."
"Ich muß ihre Reigungen und Gedanken ausfindig
machen."

"Ich muß mich bemühen machen, ehe Gemme seinen
Willen bekommt."
"Mit Recht", sagte der erkaunte Schiffsmauler zu sich.
während er den Bettel langsam zurücklegte, "daß mein
junger Freund sich nach einem anderen Partner umsieht.
Er hat nicht viel Zeit verloren."

Er ging nach seinem Platz zurück und benötigte seine
Arbeits. Er lagte sich, daß er seinen Leihhaber wissen
lassen mußte, was er gesehen habe, und als Erbe in den
tüll kam, hatte er sich kaum niedergelassen, als Herr Schüpp
mit einem gebetmühevollen Lächeln zu ihm herüberkam, lag
der Hand einen Bogen Frankpapier.

